Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 45. Mittwoch, den 23. Februar 1898 5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Eine Anklageschrift gegen den Posadowsky-Erlaß.

Von jeher sind die Jahresberichte der badischen Fabrikinspektion ein Muster gewissenhafter und objektiver Beobachtung. Dank der sozialpolitischen Kenntnisse des Inspektionsvorstandes Dr. Wörishoffer. Die neuesten für 1897, die soeben erschienen sind (Karlsruhe, Verlag von F. Thiergarten, 1898) bilden geradezu eine Anklageschrift gegen den Posadowsky-Erlaß. Nicht etwa, daß sich Dr. Wörishoffer speziell gegen jenes Antikoalitions-Rundschreiben wendet; das läge außerhalb der Aufgaben, die ihm seine Stellung zuweist. Aber die Thatsachen, die er anführt und in diesem Jahresbericht noch ausführlicher wie je zuvor eingehend und wohlwollend erörtert, sind eine scharfe Anlage gegen das arbeiterfeindliche Kesseltreiben, das die vom Geiste Stumm's erfüllten Staatsretter gegen die Arbeiter veranstalten wollen.

Zunächst erkennt der Bericht an, daß das soziale Abhängigkeitsverhältniß vom Unternehmer den Arbeitern außerordentlich erschwert, sich zu schützen. Maßregelung droht ihnen, wenn sie die Sprechstunden des Aufsichtsbeamten besuchen oder gar Beschwerdekommissionen bilden. Wo diese letzteren dennoch entstehen, lobt der Bericht den „gewiß anerkennenswerthen Muth" der Arbeiter, und bedauert, daß dieser so selten vorhanden ist. Nur eins übersieht er; die Inspektion wundert sich nämlich, warum selbst dort, wo solche Beschwerdekommissionen bestehen, so wenig Mittheilungen über Ausstände im Betriebe gemacht werden. Das kommt daher, daß die meisten Arbeiter lieber schweigend alle Unbill ertragen, weil sie wissen, die Anzeige hat sehr oft nur den Erfolg, daß der Unternehmer diejenigen Arbeiter maßregelt, die er im Verdacht hat, die Anzeige erstattet zu haben. Und dieser Verdacht wird stets in erster Linie auf Arbeiter gelenkt, die einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation angehören.

Wie wichtig aber die Organisationen für die Arbeiter sind, erkennt der Bericht in vollstem Maße an. Ja, er beklagt es, daß die Organisationen meist noch so schwach sind, und — eine bedeutsame Mahnung für die Arbeiter! — spricht bedauernd von dem „Mangel an Solidaritätsgefühl" und dem „geringen Interesse, welches ein großer Theil der Arbeiter den „Organisationsbestrebungen entgegenbringt!"

Bedauernd — denn für ihn sind die Gewerkschaften nicht, wie Graf Posadowsky sie nannte, Streikvereine, sondern nothwendige Kulturmittel zur Erziehung und Hebung der Arbeiterklasse. In feiner psychologischer Weise erklärt er, wie besonders die Industrie-Arbeiter der Städte zum Bewußtsein kommen, „daß sie proletarisirt sind", und wie sie „den Gegensatz ihrer Lage zu der ganzen Kulturentwickelung" lebhafter empfinden als die auf dem Lande wohnenden Industrie-Arbeiter, die im Zusammenhange mit den anderen Bevölkerungsklassen bleiben. Weitgefehlt aber, die Unzufriedenen zu tadeln, spricht Dr. Wörrishoffer die Hoffnung aus, daß auch jene Zufriedeneren immer mehr sich den Organisationen anschließen werden. Er schreibt:

„Die Möglichkeit des Fortschreitens im Ganzen liegt in einer Aenderung der inneren Beschaffenheit ausgedehnter Arbeiterschichten. Ein solches im Interesse der Arbeiter liegendes Fortschreiten ist nur im Wege allmähliger Entwicklung möglich, und es wird mancher Aenderung in der inneren Beschaffenheit der Arbeiterschaft bedürfen, bis die unter den verschiedensten Verhältnissen lebenden Arbeiter geneigt sind, für die Gesammtinteressen ihres Standes auch dann Opfer aller Art zu bringen, wenn sie selbst, was ja vielfach der Fall ist, ein Bedürfniß nach irgend welcher Aenderung nicht empfinden. Der innere Zusammenhang aller gesellschaftlichen Verhältnisse tritt hierbei deutlich zu Tage. Es hängt nicht nur der Fortschritt der gesammten Kultur von dem Fortschritt in der Lage der immer zahlreicher werdenden Arbeiterklasse ab. Auch die letztere kann die möglichen und wünschenswerthen Fortschritte nicht machen, wenn sie nicht fortwährend an ihrer allseitigen Vervollkommnung arbeitet, und wenn sie nicht im Zusammenhange bleibt mit der gesammten Kulturentwickelung. Sie lernt dabei immer mehr einsehen, daß jeder Fortschritt nur ein allmähliger, durch zähe Arbeit erworbener sein kann. Jede Loslösung der Bestrebungen der Arbeiter aus diesem Zusammenhange und jede gewaltsame Isolirung der Arbeiter muß daher diesen Prozeß stören."

Die „gewaltsame Isolirung der Arbeiter", von der Dr. Wörishoffer spricht, ist das Ideal solcher Unternehmer wie Stumm, die dem Arbeiter eine gewerkschaftliche Organisation verbieten, und ihm so die Möglichkeit rauben, in gleichberechtigter Weise wie die Unternehmer an den Fortschritten der Kultur theilzunehmen.

Und wie erzieherisch die Organisationen und Versammlungen wirken, schildert der badische Bericht ebenfalls in lobender Weise. Nicht „Hetzreden", wie sie Stumm'sche Gespensterfurcht hört, wurden dort gehalten. Im Gegentheil — „es wurde jedes leidenschaftliche und turbulente Vorgehen vermieden, und bei Besprechung aufzustellender Arbeitsbedingungen besonders zu Nüchternheit und Besonnenheit ermahnt für den Fall, daß ein Ausstand unvermeidbar sein sollte. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Arbeiter durch sein Verhalten ein gutes Beispiel geben und auch die Achtung der Gegner erwerben müsse. — — Insbesondere wurden die Arbeiter ermahnt, vor Niederlegung der Arbeit die bestehenden Kündigungsfristen einzuhalten."

Und zum Schluß dieser Schilderungen schreibt Dr. Wörrishoffer folgende scharfe Anklage gegen die Stumm-Posadowsky'sche Richtung nieder:

„Jeder, der sich mit diesen Dingen befaßt, weiß, daß die organisirte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt ist, sich bei jedem beliebigen Streik mit den Ausständigen solidarisch zu erklären."

Das heißt: Gerade die Organisation der Arbeiter verhindert unberechtigte und unnütze Ausstände, vermindert also die Zahl der Streiks. Nicht zu befehden sind also nach Wörrishoffer die Arbeiterorganisationen, sondern als Kulturmittel zu schätzen und zu schützen. Sie vertheidigen den Stand der Lebenshaltung der Arbeiter, und der Bericht hebt dies anerkennend hervor:

„Es kann zugegeben werden, daß die Vertheidigung mindestens der jetzigen Lebenshaltung nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die gesammte Volkswirthschaft von der größten Bedeutung ist. Dieser Aufgabe werden aber die Arbeiter-Vereinigungen wohl am besten gerecht werden!"

So urtheilt ein Staatsbeamter, der die Arbeiterverhältnisse kennt und sich nicht als Kommis des Unternehmerthums fühlt.

Deshalb sieht er auch nicht für die arbeitswilligen Streikbrecher jene Gefahren, von denen die Reaktion so viel zu erzählen weiß. Gerade das Gegentheil meldet der Bericht:

„Um zu ermitteln, in welchem Umfange die Arbeitseinstellungen des Vorjahres (1896) zu Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung Anlaß gegeben haben, haben wir uns an sämmtliche Staatsanwaltschaften des Landes mit dem Ersuchen gewendet, uns die hier in Betracht kommenden Fälle mitzutheilen, in denen Anklagen erhoben wurden und Verurtheilungen erfolgt sind. Von sieben der im Lande vorhandenen neun Sitze von Staatsanwaltschaften wurde mitgetheilt, daß Anklagen nicht erhoben wurden. In zwei Bezirken, in Freiburg und in Mannheim, wurden in zwei bezw. drei Fällen Anklagen erhoben. In einem Freiburger Falle wurde eine Person zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt, während in dem anderen Falle die drei Angeklagten flüchtig gingen und nicht ermittelt werden konnten. In dem Bezirk Mannheim wurden drei Anklagen gegen zusammen 11 Personen erhoben, von denen 8 zu 5 Tagen bis 4 Wochen und 3 zu 3 bis 6 Monaten Gefängniß verurtheilt wurden. Die sechsmonatliche Strafe wurde gegen einen Flößer, nicht gegen eine in einer gewerblichen Anlage beschäftigten Person ausgesprochen."

Von den 173 794 badischen Industriearbeitern waren also nur fünfzehn straffällig wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung, dessen Verschärfung Graf Posadowsky für so nothwendig hält!

Voraussichtlich wird die Antwort aus anderen Theilen des deutschen Reiches ebenso ausfallen und damit die Stumm'sche Gespensterfurcht sammt ihrem Angstprodukt des Rundschreibens der gebührenden Lächerlichkeit preisgegeben sein.

Der Zola-Prozeß.

Paris, 18. Februar.

Trotz des Regenwetters ist der Zudrang des Publikums in der Umgebung des Justizpalastes stärker als gestern. General Pellieux wird bei seiner Ankunft von der Menge begrüßt. Oberst Picquart, Zola, Esterhazy, Frau de Boulancy treten, ohne daß sich Zwischenfälle ereignen, in das Gerichtsgebäude ein. Ein starkes Polizeiaufgebot ist auf dem Platze. Gegen Mittag treffen die Generale Boisdeffre, Gonse und Delanne ein.

Die Sitzung wird um 11 Uhr 55 Minuten eröffnet. Der Saal ist überfüllt.

Generalstabschef General Boisdeffre erscheint als Zeuge. Er ist in Uniform und tritt an die Schranke vor.

Präsident: Herr General, es hat sich hier gestern ein Zwischenfall ereignet, auf den wir nicht gefaßt waren. Man hat den Wunsch ausgesprochen, daß Sie vernommen würden, und der Gerichtshof hat auch demgemäß beschlossen.

Der Präsident verliest sodann das Stenogramm der gestrigen Worte des Generals Pellieux und sagt, zum Zeugen gewendet: Was haben Sie zu sagen?

Boisdeffre erwidert: Ich bestätige in allen Punkten die Aussage des Generals Pellieux als richtig und authentisch; ich füge kein Wort weiter hinzu, kein Wort weiter. (Anhaltende Bewegung.) Aber, meine Herren Geschworenen, sagt Boisdeffre sodann, sich zu den letzteren wendend, Sie sind hier die Nation, Sie vertreten sie. Wenn die Nation kein Vertrauen zu den Führern ihres Heeres hat, so sage sie es. Wir sind bereit, anderen die Sorge unserer Verantwortlichkeit zu überlassen. Meine Herren Geschworenen, Sie, die Sie die Nation sind, sprechen Sie es aus und sagen Sie es! (Anhaltende Bewegung.) Rufe: Jawohl! Hoch die Armee! und Händeklatschen erschallen, als Boisdeffre von der Schranke zurücktritt.

Nach der Aussage Boisdeffres sagt Anwalt Labori, er wolle an General Boisdeffre Fragen stellen. Präsident: Sie werden diese Fragen nicht stellen. Labori? Nie? Präsident: Nein; ich sage Ihnen, Sie werden sie nicht stellen; und der Präsident sagt lebhaft: Man lasse eine anderen Zeugen kommen.

Trotz des erregten Einspruches Laboris, der ankündigt daß er seine Anträge einbringen werde, wird Esterhazy vom Gerichtsdiener herbeigeholt. Er erscheint alsbald; im Saal herrscht tiefes Schweigen. Als Esterhazy an der Schranke ist, fragt der Präsident den Vertheidiger Labori: Was für Fragen haben Sie zu stellen? Labori beschränkt sich auf die Antwort, daß er augenblicklich seine Anträge abfasse. Gut, sagt der Präsident, so werde ich die Frage selbst stellen: Man hat gesagt, daß Sie der Urheber des Borderaus seien; was haben Sie darauf zu erwidern?

Esterhazy antwortet: Ich habe zunächst eine Erklärung abzugeben. (Bewegung.) Meine Herren Geschworenen, fährt er fort, ohne den Schatten eines Beweises hat der elende Mathieu Dreyfus mich als des Verbrechens seines Bruders schuldig angeklagt. Ich bin von meinesgleichen gerichtet worden, die mich freigesprochen haben. Heute läßt man mich als Zeugen vor, um mich nochmals anzuklagen. Nun ich hier ohne Rechtsbeistand bin, ohne Anwalt, um mich zu vertheidigen, bin ich bereit, auf alle Fragen zu antworten, die Ihnen zu stellen belieben wird, meine Herren Geschworenen. Was die Leute da angeht, fährt Esterhazy fort, sich gegen Zola und seine Anwälte hinwendend, diesen Leuten antworte ich nicht. (Lebh. Beifall.)

Der Präsident richtet an den Vertheidiger Labori die Frage: Haben Sie an den Major Esterhazy Fragen zu stellen?

Labori: Ich bin mit der Abfassung meiner Anträge beschäftigt, ich werde meine Fragen erst stellen, wenn der Gerichtshof über meine Anträge Beschluß gefaßt haben wird.

Präsident: Stellen Sie Ihre Fragen sofort,

oder Sie werden sie überhaupt nicht mehr stellen. (Unruhe.)

Labori: Ich habe für den Augenblick nichts zu sagen, aber ich erhebe Einspruch gegen diese Haltung.

Präsident: Wie? Herr Major Esterhazy setzen Sie sich.

Andauernder Beifall ertönt, als sich Esterhazy in den Hintergrund des Saales zurückbegiebt.

Präsident: Lassen Sie den nächsten Zeugen kommen. Der Gerichtsdiener ruft indessen die nächsten Zeugen vergeblich auf, Niemand antwortet und er theilt dem Gerichtshofe mit, daß sich keine Zeugen mehr in dem für die Zeugen bestimmten Zimmer befinden.

Man hört hierauf eine Stimme, es ist diejenige des Generals Pellieux, der sagt: Herr Präsident, wollen Sie mir gestatten, an die Schranke zu kommen. Hier ist eine Karte, die ich dem Gerichtshofe zukommen lassen will, sie trägt den Namen Bouton; ich kenne ihn nicht. Die Person ist, wie es scheint, von Bertulus über Geldvorschläge gehört worden, die ihr gemacht worden sind. Wenn Sie den Betreffenden vernehmen wollen, so theile ich Ihnen mit, daß er mir hat sagen lassen, er stehe zur Verfügung des Gerichtshofes.

Der Präsident erwidert nichts und unterbricht die Sitzung, um es Labori zu ermöglichen, seine Anträge zu fassen.

Es herrscht außerordentliche Erregung.

Während der Pause bemerkt man Zola und seine Vertheidiger, die in lebhaftem Gespräch begriffen sind. Im Saale unterhält man sich lärmend, es herrscht ein unbeschreibliches Geschwirr.

Nach anderthalbstündiger Pause wird die Verhandlung wieder aufgenommen. Labori bringt seine Anträge ein und verliest sie. Sie betreffen die Weigerung des Präsidenten, an Boisdeffre Fragen stellen zu lassen, noch bevor er selbst wissen könne, was dies für Fragen seien. In Erwägung dessen, betont Labori besonders, daß hier nicht der Ort ist, zu untersuchen, was gerichtliche Verhandlungen vom Standpunkte der Billigkeit und des Rechts für einen Werth haben, wenn die Offiziere alles sagen dürfen, was sie sagen wollen, sei es über die Dreyfus-Angelegenheit — und das sogar unter Mißachtung des Beschlusses des Gerichtshofes — sei es unter Verletzung des Amtsgeheimnisses, während der Vertheidigung das Wort verweigert wird, worin eine offenbare Verleugnung der Gerechtigkeit liegt.

Hier unterbricht ein lauter Pfiff die Verlesung der sehr langen Schlußfolgerungen, die schließlich in die Forderung auslaufen, die Generale Boisdeffre und Pellieux sowie den Major Esterhazy, wenn es angängig erscheint, wieder an die Schranke zu rufen.

Generaladvokat v. Cassel hebt hervor, er habe, als er den Gerichtshof ersuchte, nicht zu gestatten, daß von der Dreyfus- und der Esterhazy-Sache gesprochen werde, alles vorausgesehen, was gekommen sei; er habe sich nur durch seine Worte zu decken und verlasse sich zudem auf das Urtheil des Gerichtshofes.

Labori erwidert hierauf: Wieviel Generäle haben hier plädirt, mit Uniformen und Orden plädirt. (Anhaltende Unruhe; Rufe: „Genug!" im Hintergrunde des Saales.)

Präsident zum Vertheidiger: Ihre Worte sind unpassend.

Labori: Was hier unpassend ist, das sind die Protestrufe und die Kundgebungen, die hier vorkommen und die man nicht abzustellen weiß. Ich sage, daß, wenn man uns vorwirft, hier eine Revision des Prozesses Dreyfus vornehmen zu wollen, die Generäle ihrerseits eine Gegenrevision veranstalten wollten. Esterhazy ist freigesprochen; um so besser für ihn. Es mögen aber diejenigen, die ihn freisprachen, die Verantwortung dafür tragen, wenn sie eine auf sich genommen haben. (Lärm und Unruhe.) Labori spricht sodann von dem Manne, der auf der Teufelsinsel leide und der deswegen ohne Zweifel für die, die im Hintergrunde des Saales brüllen, uninteressant sei. Labori schließt mit der Bitte an die Mitglieder des Gerichtshofes, sich über das Murren eines Saales zu stellen, der nicht wisse, warum er Kundgebungen veranstalte. (Rufe: Oh! Oh!) Stellen Sie sich, meine Herren, über die Erregung eines irregeleiteten Landes. Ziehen Sie in Betracht, daß wir vielleicht an einem Wendepunkte der Geschichte unseres Landes stehen, und daß Ihr Beschluß Folgen haben wird, die Niemand heute abmessen kann. (Anhaltende Bewegung.) Hierauf zieht sich der Gerichtshof zur Beschlußfassung zurück.

(Fortsetzung in der Beilage).

Politische Uebersicht.

Deutschland.

Auf die Auflösung des Reichstages wird, wie die Berliner „Volksztg." „aus guter Quelle" erfährt, in Regierungskreisen mit einiger Bestimmtheit gerechnet, da die Schwenkung des Centrums in der Marinefrage dazu den Anlaß giebt. „Man nimmt an, daß sich das Centrum, obgleich es an sich nichts gegen die Höhe der Marineforderungen einzuwenden hat, doch gegen das Septennat erklären werde. Die Regierung will aber in diesem Punkte nicht nachgeben, und so würde die Wahlkampagne nach Auflösung des Reichstages unter der Devise der Flottenvermehrung eröffnet werden. Gegen das letzte Drittel des März hin glaubt man event. die Entscheidung fallen zu sehen. Als Auflösungstag würde sich sogar, so sagt man, der 22. März empfehlen, da man alsdann im Wahlkampfe von flottenfreudiger Seite die Manen des verstorbenen Kaisers Wilhelm I. aufrufen zu können meint, denen zu Liebe „erhalten werden müsse, was er geschaffen habe", und wie es ähnlich zur Begründung des Panzerseptennats heißen würde!" Die „Volksztg." meint: „Daß man sich davon einen besonderen Effekt verspricht, ist schon glaublich. Daß man sich aber den Effekt täuschen wird, ist gewiß."

Auch die Gerüchte über eine Auflösung des preußischen Abgeordnetenhauses und die Vornahme von Neuwahlen vor den Reichstagswahlen erhalten sich in parlamentarischen Kreisen.

Ein weiteres Symptom für die baldige Vornahme der Reichstagswahlen meldet das „Berliner Tagebl." Demselben wird aus Stuttgart geschrieben, daß das dortige Ministerium des Innern an die bürgerlichen Kollegien der Städte des Wahlkreises, in welchem eine Ersatzwahl für den verstorbenen Abg. Frhrn. v. Gültlingen stattzufinden hat, die vertrauliche Anfrage gerichtet habe, ob im Bezirk eine Strömung für die Vornahme einer sofortigen Neuwahl wahrzunehmen sei, oder ob die Wahl mit den allgemeinen Wahlen vorgenommen werden solle, da der neue Abgeordnete kaum noch an den Berathungen des Reichstages theilnehmen könne. Aus der Anfrage geht hervor, daß nach Ansicht der württembergischen Regierung die Reichstagssession sich schwerlich noch über den Monat März hinaus erstrecken wird.

Reaktionäres. Wie eng der Versuch, das Etatsrecht des Reichstags zu binden, mit der Anfeindung des Reichswahlrechts zusammenhängt, zeigt wieder einmal die „Münchener Allgemeine Zeitung". Sie empfiehlt das Flottengesetz, weil es verhindern, daß die Erwählten sich „sklavisch vor dem Unverstand der großen Masse beugten", der im Reichswahlrecht zum Ausdruck komme.

Ueber die Marinevorlage hat, wie der „Köln. Volkszeitung" aus Berlin gemeldet wird, das Centrum seit Dezember keine Fraktionssitzung abgehalten. Die Nachrichten über eine Stellungnahme nach der einen oder anderen Richtung seien daher verfrüht.

Die volksfeindliche Salzsteuer will Herr v. Miquel noch verschärfen. Man liest darüber: „§ 20,3 des Salzsteuer-Gesetzes bestimmt, daß Salz, das zum Einpökeln von Heringen und „ähnlichen Fischen" dient, steuerfrei ist. Unter „ähnlichen Fischen" versteht man in Preußen die Fische, die den breiten Volksschichten als Nahrungsmittel dienen. Es sind dies Sprotten, Breitlinge, Schellfisch, nordische Sardellen, Kabeljaus, Störe, Schollen, gewöhnliche Butten, Steinbutte und Maifische. Nun ist in den beiden Mecklenburg eine Bestimmung veröffentlicht worden, daß außer diesen eben erwähnten Fischen auch Hornfische, Dorsche, Flundern, Schnepel, Lachse und Makrelen den Heringen gleich zu achten seien. Diese Anordnung hat den preußischen Finanzminister veranlaßt, die Provinzialsteuerbehörden zur Aeußerung darüber aufzufordern, inwieweit auch diese Fische als Nahrungsmittel im obigen Sinne anzusehen seien." Er hat ein „gutes Herz", Herr v. Miquel.

In dem Disciplinarverfahren gegen den Kriminalkommissar v. Tausch hat der Vertheidiger in diesen Tagen die Berufungsschrift des öffentlichen Anklägers beantwortet, so daß die Angelegenheit nunmehr an den Disciplinarhof gelangen wird, der dem Staatsministerium für dessen endgültiges Urtheil ein Rechtsgutachten zu erstatten hat.

Zur Entwicklung des Großbetriebes in der deutschen Landwirthschaft. Bei einem allgemeinen Vergleich zwischen der Aufnahme der landwirthschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1882 und der im Jahre 1895 läßt sich ein besonderes Anwachsen der Großbetriebsform nicht feststellen. Dies schließt nun aber nicht aus, daß in einzelnen Gegenden Deutschlands die Entwicklung doch eine wesentlich andere sein kann, dem allgemeinen Bilde also nicht entsprechen wird. Und in der That, es giebt Gegenden, wo entschieden eine erhebliche Zunahme des Großbetriebes zu konstatiren ist. Das ganz besonders Bemerkenswerthe an dieser Erscheinung ist aber nun, daß sie in der Hauptsache nicht im Osten Deutschlands anzutreffen ist, sondern gerade dort, wo die Landwirthschaft vornehmlich nur den Mittel- und Kleinbetrieb kennt, wo sie mit äußerster Intensität betrieben wird. In der landwirthschaftlichen Fachpresse wird dieser Erscheinung neuerdings sehr viel Beachtung und Aufmerksamkeit geschenkt und wir wollen ihr keineswegs ihre Bedeutung absprechen, da sie auch für uns einen werthvollen Beitrag zur Aufklärung über die Agrarfrage bilden kann. Die Gegend, für die jenes erhebliche Anwachsen der Großbetriebe festgestellt wurde, sind die Rheinlande. In der Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen werden die statistischen Nachweise für diese Erscheinung gegeben. Danach hat der Großbesitz von mehr als 100 Hektar in den Jahren 1882 bis 1895 eine Vermehrung von 34,6 pCt. erfahren, der Mittelbetrieb hat sich erhalten, die Kleinbetriebe bis zu 5 Hektar sind zurückgegangen. Ist nun dieses Vorwärtsschreiten der Großbetriebsform an und für sich schon von hohem Interesse, so sind die Gründe dafür für den Sozialisten erst recht bemerkenswerth. Ein Kenner der rheinländischen Landwirthschaft faßt diese in einem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung" dahin zusammen: „Die von der Industrie gezahlten Löhne, die die Landwirthschaft bei den niedrigen Preisen ihrer Erzeugnisse nicht aufbringen kann, sind für den Kleinbauern zu verlockend, als daß er sich auf seinem Kleinbesitze noch länger für die paar sauer verdienten Groschen quälen will. Er verkauft sein Besitzthum und wird mit seiner Familie Industriearbeiter. Damit geht dann die Zahl der kleinbäuerlichen Betriebe mit Ausnahme derjenigen vielleicht, die ausschließlich mit eigenen Leuten arbeiten, unaufhaltsam zurück. Nur diese sowie der Großbetrieb in der Landwirthschaft können gegenüber den steigenden Arbeitslöhnen noch einigen Widerstand leisten. Im Großbetriebe ist es noch möglich, durch Ersatz der Handarbeit durch Maschinen in möglichst weitem Umfange, durch Heranziehen der erforderlichen Handarbeiter aus Gegenden mit billigeren Arbeitslöhnen einen leidlich lohnenden Betrieb aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde sieht man auch dort, wo kein Latifundienbesitz vorhanden, landwirthschaftliche Großbetriebe entstehen, durch Zusammenpachten von mehreren kleineren Betrieben. Die mittleren Betriebe haben sich bisher noch zu einer großen Zahl in der Weise erhalten, daß, wo in einer Familie die Anzahl der Kinder so groß ist, daß bei Theilung des elterlichen Vermögens jedem einzelnen ein lohnender Betrieb auf seiner Scholle nicht möglich ist, die Kinder unverheirathet zusammen wohnen bleiben, das elterliche Vermögen ungetheilt weiterbearbeiten und dabei fremder Arbeitskräfte entrathen können . . . . . Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die rheinische Landwirthschaft nach einigen Jahrzehnten nur mehr zerfallen einerseits in Großgrundbesitz, als Großbetrieb bewirthschaftet, mit ausgedehntem Getreidebau unter ausgiebigster Benutzung von landwirthschaftlichen Maschinen aller Art, von Dampf und von Elektricität; andererseits Gartenbaubetrieb in der Hand von Kleinbauern in nächster Nähe größere Städte zur Versorgung des Marktes mit landwirthschaftlichen Erzeugnissen, die in frischem Zustande verbraucht werden. Nebenher dürfte ein mit eigenen Leuten bewirthschafteter Kleinbetrieb auch noch weiterhin ein bescheidenes Dasein führen."

Diese Kennzeichnung der landwirthschaftlichen Entwicklung von der Feder eines Mannes, der sozialistischen Theorien ganz und gar fern steht, verdient allerdings vermerkt zu werden. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Entwicklungstendenz in der rheinischen Landwirthschaft auf Grund eingehenden und umfassenden statistischen Materials wissenschaftlich begründet würde. Wenn es sich als richtig herausstellen sollte, daß der Klein- und Mittelbetrieb in Deutschland wirklich dem Großbetriebe in jeder Richtung unterlegen sein sollte, so würde damit viel Licht in die Auffassung der ganzen Agrarfrage kommen. Denn alle die Versuche, den Bauernstand künstlich zu vergrößern oder genossenschaftliche Produktion betreiben zu wollen, würden damit in ihrer ganzen Erfolglosigkeit aufgedeckt werden. Die jüngste Schule der Agrartheoretiker würde damit allerdings eine empfindliche Niederlage erleiden. Hat diese doch, allerdings auf Grund vorurtheilsfreier Studien, die Anschauung verbreitet, als ob dem bäuerlichen Betriebe die Zukunft gehörte. Es wäre widerlegt, was Sering behauptet: „Ein Accumulationsgesetz besteht für den Ackerbau überhaupt nicht, die vorherrschende Tendenz ist vielmehr auf Verkleinerung der großen Landwirthschaftsbetriebe gerichtet." Bei der großen Tragweite, die die ganze Frage für die gesammte Agrarpolitik hat, dürfen wir allerdings von einer gründlichen Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse dem Urtheil eines noch so guten Kenners der rheinischen Landwirthschaft nicht ohne Weiteres beipflichten. Was wir hier mit der kurzen Ausführung bezweckten, das ist die Hinlenkung der Aufmerksamkeit auf eine für die ganze sozialistische Auffassung entscheidende Frage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

Berlin, den 21. Februar 1898.

46. Sitzung.

Präsident v. Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Goßler.

Die zweite Berathung des Reichshaushaltsetats wird beim Militäretat fortgesetzt und zwar beim Titel „Kriegsminister".

Sächsischer Bundeskommissar Graf v. Vitzthum n. Eckstädt: Die von Herrn Kunert erwähnte Thatsache, daß am Sonntag im Militärgefängniß gearbeitet worden sei ist richtig, doch ist dies sofort von der sächsischen Militärverwaltung verboten worden, als sie davon erfuhr.

Bebel (S.): Es ist bedauerlich, daß der sächsische Militärbevollmächtigte nicht auch auf die andere Beschwerde meines Freundes Kunert, die von den außerordentlich niedrigen Arbeitslöhnen bei Militärlieferungen im Sattlergewerbe handelte antwortete.. Der Herr Kriegsminister hat erklärt, er mische sich nicht in gewerbliche Angelegenheiten. Auf der anderen Seite ist er den gewerblichen Wünschen der Herren auf der Rechten entgegengekommen und hat z. B. angewiesen, überall Fourage direkt von den Gutsbesitzern und Bauern zu kaufen. Der bisherige Zwischenhändlerprofit soll also den Produzenten direkt zu Gute kommen. Nun, was den Bauern recht ist, ist den Arbeitern billig. Wir müssen von der Militärbehörde verlangen, daß sie in den Verträgen mit Lieferanten einen Passus aufnimmt, der es diesen verbietet, ihre Aufträge erst noch an Zwischenmeister zu vergeben, anstatt sie selbst ausführen zu lassen, da diese Zwischenmeister dann ihren Arbeitern wahre Hungerlöhne zahlen. Ich komme nochmals auf die Soldatenmißhandlungen zurück. Der Kriegsminister meinte, wir sollten, wenn Beschwerden vorliegen, uns an ihn wenden. Die Fälle mehren sich aber so, daß ich mich als Abgeordneter verpflichtet fühle, sie hier öffentlich vorzubringen, um Maßregeln der Militärbehörde zu provoziren und auf die Leute in der Armee abschreckend zu wirken. Es ist den Soldaten, die sich beschweren, Mangel an Muth vorgeworfen worden, früher sei das anders gewesen. Aus meiner eigenen Erfahrung heraus, — ich bin in den Kasematten geboren und habe lange Jahre dort gelebt — kann ich aber behaupten, daß auch früher die Mißhandlungen zahlreich waren, nur sind jetzt mit der Größe der Armee auch die Fälle häufiger geworden, wie auch das Gefühl der großen Massen sich bedeutend verfeinert hat. Ich behaupte ferner, daß gerade das System des unbedingten Gehorsams geeignet ist, keine Selbstständigkeit in der Armee aufkommen zu lassen. Dazu kommt dann noch die berüchtigte Frivolitätsstrafe, d. h. dem Soldat droht Strafe, falls seine Beschwerde sich irgendwie als nicht ganz wahrheitsgemäß herausstellt. Sind keine Zeugen dabei gewesen, so wird der Soldat in Folge dessen stets die Beschwerde unterlassen, denn wenn er durch den Offizier Lügen gestraft wird, so glaubt man ihm doch nicht. Sind aber Zeugen dabeigewesen, so werden diese, um sich nicht bei ihren Vorgesetzten mißliebig zu machen, die Sache für diesen möglichst günstig darstellen. Auch den höheren Vorgesetzten ist es sehr unangenehm, wenn sie häufig Mißhandlungsfälle in die Meldungen hinein-

schreiben müssen. Also die Militärbehörde möge erst für ausreichenden Schutz der Soldaten im Beschwerdefalle sorgen, ehe sie von mangelndem Muth spricht. In Bezug auf die Freitag erzählten Fälle, möchte ich bemerken, daß überhaupt meist die Mißhandelten etwas geistig schwache Leute sind, die den an sie gestellten Anforderungen einfach nicht genügen können. Die Vorgesetzten werden durch die Unmöglichkeit dem Manne das einzuprägen, was der Dienst erfordert, gereizt und greifen zu Mißhandlungen. Natürlich ist dies die Schuld der Militärärzte, die die Leute nicht psychologisch sondern nur körperlich untersuchen, während es doch eine merkwürdige Thatsache ist, daß gerade die geistig schwachen meist körperlich stark und gesund sind. Durch Erkundigungen über das bürgerliche Vorleben ließen sich solche Mißgriffe leicht vermeiden. — Ich muß mich nochmals gegen das Hineintragen der Politik in die Armee wenden. Der Herr Kriegsminister hat gemeint, das geschehe nicht. Ich sage aber, wenn man Juden und Sozialdemokraten wegen ihrer politischen Gesinnung als Lumpe bezeichnet, so ist das ganz unstatthaft, zeugt von wenig Takt und Anstandsgefühl und der Herr Kriegsminister hätte sich auf das Entschiedenste dagegen erklären müssen. Die Soldaten sind ohne Unterschied der Person, der Abstammung, der Religion zu behandeln, die Hauptsache ist, daß sie ihre Schuldigkeit thun. Voriges Jahr sind übrigens Broschüren mit heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie mit Genehmigung der Heeresverwaltung zu 10000en verbreitet worden. Natürlich folgen dann die Offiziere dem Beispiel, das ihnen von oben gegeben wird. In der Schweiz kommt die politische Gesinnung des Einzelnen auch für die höchsten Stellen nicht in Betracht, das hat Herr Müller, der Leiter des dortigen Militärwesens offen ausgesprochen. Bei uns genügt bekanntlich die Mitgliedschaft zur nationalsozialen Partei, um Jemand aus der Stellung eines Reservelieutenants zu drängen. Meine Broschüre über die Volkswehr wird der Herr Kriegsminister wohl unterdeß erhalten haben, aber zu einer Verständigung werden wir wohl auch auf Grund der Broschüre nicht kommen. (Heiterkeit) Der Herr Kriegsminister hat unter großer Heiterkeit der Rechten spöttisch bemerkt, nach meiner Theorie solle die Armee zum größten Theil aus Kindern bestehen. Nun der Gedanke der militärischen Jugenderziehung findet sich schon in der militärischen Reorganisation vom Jahre 1808 von Scharnhorst und Gneisenau. Dort heißt es: In jeder Schule muß völlige Militärdisziplin herrschen, jede Schule soll ihren eigenen Exerziermeister haben, jede Schule soll eine besondere Kompagnie bilden. Auch der berühmte General v. d. Goltz in seinem Buche über Gambetta und Freycinet hat diesem Gedanken Ausdruck gegeben und mich bespöttelt man deswegen, der ich nur dasselbe will (Sehr gut! links) Ob die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten hat wie der Herr Kriegsminister sagte, wollen wir doch noch abwarten, jedenfalls stehen die starken Machtmittel, die man gegen uns anwendet Vereinsnovelle, Posadowskyerlaß usw — doch in großem Gegensatz zu dieser Behauptung. — Wenn Herr Generalauditeur Ittenbach meint, durch seine letzte Rede bewiesen zu haben, daß in Amerika härtere Strafgesetze herrschen als bei uns, so irrt er. Er hätte auch sagen müssen, daß die angeführten Gesetze aus dem Jahre 1871 stammen. Wenn ich hier eine Beschwerde vorgebracht hätte, die 27 Jahre alt ist, hätte man mich mit stürmischem Gelächter unterbrochen (Sehr richtig! links) Gegenwärtig besteht das Kugelschleifen ja noch gesetzlich, aber es ist, wie es in dem Bericht des Generalauditeur Lieber heißt, ganz außer Uebung. Wer amerikanische Verhältnisse kennt, versteht das auch. Herr Ittenbach hat nun gemeint, das alte preußische Strafgesetz von 1845 sei humaner gewesen als das jetzige amerikanische. Doch das alte Strafgesetz von 1845 enthielt das Kugelschleifen noch, ich habe solche Kugelschlepper selbst noch in Deutz gesehen. Jedenfalls sind die amerikanischen Gesetze viel milder und sollten die deutschen Militärstrafgesetze wieder einmal revidirt werden, so wünsche ich nur, daß man sich das angeblich inhumane amerikanische Gesetz zum Muster nehmen möchte. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Goßler lehnt es ab, dem Vorredner ausführlich zu antworten. Er weist nur den Vorwurf zurück, daß die Militärverwaltung die Preise und Löhne herabdrücke. Er habe dem Abg. Bebel nicht das Recht der Kritik verwahrt, sondern nur verlangt, daß er in den Stand gesetzt werde, auf die Dinge sofort zu antworten Die Erfahrungen, die Abg. Bebel als Soldat gemacht habe, könne er nicht kontrolliren. Er wisse auch nicht, ob er sie in der preußischen Armee gemacht habe. Jedenfalls stehe fest, daß die Sozialdemokratie die Autorität untergraben wolle. Dazu diente auch das Bestreben, die Leute von der ordnungsmäßigen Beschwerde zurückzuhalten. Daß Chikanirungen von Soldaten durch die Vorgesetzten nach angebrachter Beschwerde stattfänden, aber daß vorgebrachte Beschwerden von den Vorgesetzten nicht weitergegeben würden, seien ganz unerwiesene Behauptungen. Daß Politik in der Instruktionsstunde getrieben werde, bestreite er nach wie vor. Daß die Offiziere der sozialdemokratischen Gesinnung unzugänglich seien, sei dem deutschen Offizierkorps zur höchsten Ehre anzurechnen. (Beifall rechts.) Der Minister wendet sich dann zu einer ihm am Sonnabend zugegangenen Broschüre des Abg. Bebel „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr", aus der er eine Reihe von Stellen zitirt. In dieser Rede unterschätzt Bebel vor Allem den Werth der Flotte. Er behaupte, wir hätten den Mangel einer Flotte in unseren Kriegen nie gespürt. Das sei aber irrig. Einmal sei zweifellos, daß Napoleon wesentlich an dem Mangel einer ausreichenden Flotte zu Grunde gegangen ist. Aber auch uns hätte in den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 die Flotte große Dienste leisten können. Speziell der letztere Krieg hätte zweifellos ein schnelleres Ende nehmen müssen, wenn wir Frankreich die Zufuhren hätten abschneiden können. Die Berechnung der Kosten der allgemeinen Volksbewaffnung, die Abg. Bebel in der Broschüre gebe, habe er noch nicht konstatiren können, er glaube aber, sie würden sich wesentlich höher stellen. Auffällig sei es, daß Bebel gar nicht auf Amerika hinweist, aber der Grund liegt wohl auf der Hand. (Heiterkeit) Welche Kosten bei der Volkswehr entstehen würden, geht schon daraus hervor, daß Bebel auch die körperliche Ausbildung des weiblichen Geschlechts vom 10. Lebensjahre an fordert. Der Verfasser habe sich die Kostenberechnung außerordentlich leicht gemacht. Er habe einfach das Budget der Schweiz genommen und auf unsere Verhältnisse umgerechnet. Damit kommt er natürlich auf eine sehr niedrige Summe — und dieser Abschnitt trägt die Ueberschrift: Zahlen beweisen! (Heiterkeit.) Herr Bebel weist auf die Niederlage Englands im nordamerikanischen Freiheitskriege hin. Hätte England vor 100 Jahren unsere Heeresorganisation gehabt, so hätte es unzweifelhaft gesiegt. Der Hauptgedanke der Bebel'schen Schrift ist: Die Reaktion hat zu ihrem Gegenpol die Revolution, d. h. die Umgestaltung von Grund aus. Den Drohungen mit der Revolution setzen wir die größte Ruhe entgegen; sie machen auf uns keinen Eindruck. Sollte es einmal dazu kommen, so werden wir mit derselben Ruhe und Kaltblütigkeit, mit der wir unsere Schlachten geschlagen, auch gegen den inneren Feind gehen. (Beifall rechts.) Und wenn Herr Bebel dann der Generalissimus dieses Feindes wäre, so kann ich, von meinem Standpunkte aus, seine Truppe nur bedauern. (Große Heiterkeit und Beifall rechts.)

Singer (SD.): Zunächst möchte ich dem Herrn Generalauditeur Ittenbach einen kleinen Gefallen erweisen, indem ich ihm die Ausführungsverordnung der amerikanischen Militärstrafvollzugs überreiche, die er ja trotz aller Bemühungen nicht erhalten konnte (Heiterkeit). Ich muß ferner dagegen protestiren, daß der Kriegsminister die Bezeichnung „Genossen", die für unsere Freunde ein Ehrentitel ist, in verächtlichem Sinne hier angewendet hat. Was würde er dazu sagen, wenn man von den Offizieren in demselben Sinne als von „Kameraden" spricht? Der Kriegsminister hat die Mitglieder des Reichstages mit Achtung zu behandeln. Wir verbitten uns derartige Vertraulichkeiten. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.) Nun noch die sachliche Abwehr: Der Kriegsminister hat in Bezug auf die Ausführungen meines Parteigenossen Kunert die Bemerkung gemacht, es sei leicht, Anschuldigungen zu erheben, man müsse aber Material beibringen; so als ob nun jedes Material zur Unterstützung dieses Falles gefehlt hätte. Wir hätten aber von der Loyalität des Herrn Kriegsministers erwarten können, daß der die Vorgänge in der Kommission der Wahrheit gemäß darstellen wird. (Große Unruhe rechts). Es handelte sich da um die Aeußerung meines Freundes Meister, daß ein wegen Unregelmäßigkeiten ausgeschlossener Armeelieferant nun doch Lieferungen gemacht hätte. Die Personen waren genannt, der Fall bezeichnet. Welches Material kann der Kriegsminister da noch verlangen? Er hatte da zu untersuchen und nicht noch obendrein meine Freunde zu diskreditiren. Ich hoffe, daß er das in der Folge unterlassen wird. (Bravo! links. Unruhe rechts).

Kriegsminister von Goßler: Ich stelle nur Untersuchungen an, wenn irgend ein Anlaß vorliegt. Das war hier nicht der Fall; es ist ein Mann einfach angeschuldigt worden, schlechtes Mehl geliefert zu haben, aber der Abg. Meister hat diese Anklage nicht mit seinem Namen decken wollen. Eine derartige Anschuldigung nennt man Klatsch. Auf Klatsch gehe ich nicht ein.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Um den Fall, um den es sich da handelte, war das Mehl zwar kruppig, das Brod aber vorzüglich. Der Abg. Meister hat also seine Behauptungen nicht beweisen können.

Abg. Singer (Soz.): Es handelt sich bei dem, was mein Freund angeführt hat, gar nicht um diesen, sondern um einen zweiten Fall; da hat mein Freund Meister Namen genannt, das Material also überreicht. Was die Auslassung des Kriegsministers über Klatsch anlangt, so müßte nach seiner Logik jede Anklage eines Staatsanwalts, die sich als unbegründet erweist, als „Klatsch" bezeichnet werden. (Beifall links und bei den Sozialdemokraten).

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erklärt, daß der Abg. Meister für seine Behauptungen in der Kommission keinerlei Zeugen genannt habe.

Vicepräsident Dr. Spahn: Abg. Singer hat vorhin dem Kriegsminister vorgeworfen, er sei nicht bei der Wahrheit geblieben; in dem Zusammenhang, wie diese Aeußerung gefallen ist, erkläre ich sie für parlamentarisch unzulässig.

Abg. Kunert (Soz.): Der sächsische Militairbevollmächtigte hat meine „beleidigende" Aeußerung zurückgewiesen, aber wir wollen erst noch sehen, ob mit Recht. In dem Gefängniß, von dem ich sprach, sind die Gefangenen von den Vorgesetzten unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt zur Sabbathschändung gezwungen An durchschnittlich 2 3 Sonntagen im Monat fand eine zehnstündige Arbeitszeit auch während des Gottesdienstes statt. Die Arbeit wurde großentheils ohne Entgelt geleistet; den größten Theil des Erlöses erhielten die Vorgesetzten; Unteroffiziers-Vergnügungen etc. wurden aus dem Schweiße der armen Gefangenen bezahlt. All diese Dinge geschahen ganz öffentlich. Endlich beschwerte sich Jemand: Was geschah? Der Gerichtsherr wies die Beschwerde einfach zurück und erhob noch obendrein Anklage gegen den Beschwerdeführer wegen Beleidigung der Gefängnißverwaltung! Erst in der zweiten Instanz gelang dem Beschwerdeführer der Wahrheitsbeweis vollständig, und er wurde glänzend freigesprochen. Es sollen ja auch Bestrafungen erfolgt sein, aber Genaues darüber weiß man nicht. Der frühere Gefängnißinspektor, der seine Schuldigkeit so absolut nicht gethan hat, spielt in der sächsischen Armee noch jetzt eine große Rolle. Jedenfalls zeigt uns dieser Prozeß die Nothwendigkeit einer radikalen Militärstrafprozeßreform Meine Aeußerungen über die Sonntagsruhe hat der Kriegsminister mit dem Hinweis auf die Kaiserliche Verordnung abzuthun versucht. Aber einmal bezieht diese sich nur auf die kirchliche Seite der Sonntagsruhe, sodann werden solche Verordnungen von Seiten der höheren Offiziere oft genug durchbrochen. Das zeigt sich ja auch bei den Soldatenmißhandlungen. Der Kriegsminister sagte, er greife nicht in das Erwerbsleben ein; auf solche Anschauungsweise hat Lassalle das Wort der Nachtwächterpolitik geprägt. Redner geht nochmals auf die Lage der Spandauer Sägearbeiter ein und bringt für seine früheren Behauptungen weitere Beweise. Der Kriegsminister sprach von Revolution; nun heute stehen wir am Vorabende des Tages, an dem vor 50 Jahren Louis Philipp floh. Wer Wind säet, wird Sturm ernten, und ich glaube, es werden Stürme kommen, gegen welche die Märzstürme sanfte Winde waren; auch die solidesten Kronen werden da in's alte Gerümpel kommen. Es liegt Gewitterschwüle in der Luft. Sie säen Sturm, Sie werden Orkan ernten! (Bravo! links)

Sächsischer Kriegsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt weist nochmals die Beschuldigungen des Abg. Kunert gegen die sächsische Militär-Gefängnißverwaltung zurück. Er wiederhole, daß die Schuldigen gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden seien. Bezweifle Abg. Kunert die Richtigkeit der eidlichen Zeugenaussagen in dem Prozesse, so gehe das doch über die Grenzen der parlamentarischen Immunität (Sehr richtig! rechts) und er wisse nicht, was er dazu sagen solle. (Beifall.)

Generalmajor v. d. Boeck stellt fest, daß die Schilderungen des Abg. Kunert über die Arbeiterverhältnisse bei den Militärwerkstätten in Spandau unrichtig sind. Seitens der Militärverwaltung geschehe alles, um die Arbeiter gegen Schäden zu schützen, die Löhne seien angemessen. Zum Theil seien allerdings die Löhne herabgesetzt worden, zum Theil aber seien Heraufsetzungen eingetreten Daß die Löhne im Ganzen nicht zu niedrig sein könnten, beweist die Thatsache, daß von privater Seite die Aufforderung an die Militärverwaltung ergangen ist, nicht so hohe Löhne zu zahlen. Ueberstunden ließen sich nicht immer vermeiden, sie würden aber den Arbeitern immer bezahlt.

Generalleutenant v. Viebahn erklärt, den Soldaten werde Sonntagsruhe eingeräumt, soweit es irgend mit den dienstlichen Rücksichten vereinbart sei. Daß in einem so großen Organismus wie der Armee einzelne Verstöße vorkämen, sei allerdings nicht zu vermeiden, es werde dagegen aber mit aller Strenge eingeschritten. Speziell die preußischen Militärgefängnisse seien noch kürzlich von ihm selbst revidirt und alles in Ordnung befunden worden. Auch das Gefängniß in Weichselmünde sei auf die in den Zeitungen laut gewordenen Klagen hin nochmals untersucht worden und es habe sich ergeben, daß keine Klagen laut geworden seien in dem Sinne, daß die Räume zu feucht seien. Eine gewisse Neigung zu Malaria herrscht allerdings zu Zeiten, in den letzten Jahren sei aber nur ein Fall von Malaria vorgekommen.

Bebel (SD.): Wenn Neigung zu Malaria herrscht, möchte ich doch rathen, daß keine Gefangenen mehr in das Fort gelegt werden. Die Arbeiterentlassungen halten wir für ungehörig. Die Arbeiter sind nicht einmal politisch, sondern nur gewerkschaftlich thätig gewesen und das ist ihr gesetzlich gewährleistetes Recht. Der Kriegsminister ist auf meine Broschüre eingegangen, hat aber alles so aus dem Zusammenhang gerissen, daß man glauben muß, ich hätte den reinsten Unsinn geschrieben. Meine Vorschläge sind geeignet, unsere Schlagfertigkeit zu erhöhen. Man weist aber jeden Vorschlag und wenn er noch so vernünftig ist, einfach zurück, blos, weil er von Sozialdemokraten kommt. Und wo hat er das in meiner Schrift gelesen, was er über den gewaltsamen Umsturz gesprochen? Im Zusammenhang ist von blutiger Revolution keine Rede Im Gegentheil, ich schrieb, daß es mit den Träumen von blutiger Revolution und Barrikadenkämpfen für immer vorbei sei. Das steht klar und ausdrücklich darin. Ich glaube, daß angesichts einer solchen Art zu diskutiren, eine weitere Klärung aus einer Debatte mit dem Kriegsminister über meine Broschüre nicht zu erhoffen ist. Nur eins will ich noch sagen: der Herr Kriegsminister hat von der Revolutionsarmee und von mir als ihrem Generalissimus gesprochen; er braucht mich nicht zu bedauern: ich glaube, ich würde als Generalissimus einer Revolutionsarmee auf dem Schlachtfelde meinem Feinde so entgegentreten, wie als Parlamentarier den Herren im deutschen Reichstage. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schall (K.) kennt die Verhältnisse in den Militärwerkstätten seit langen Jahren aus eigener Anschauung. Die Arbeiter seien durchaus zufrieden. Die Werkstätten seien Musteranstalten im wahrsten Sinne des Wortes. Kein Privatmann könne das leisten, was z. B. an Arbeiterschutz von Seiten des Staates in Spandau geboten werde. Auch in dem Militärgefängnisse in Spandau herrscht durchaus musterhafte Ordnung. Während 3½jähriger Wirksamkeit in demselben sei nie eine Beschwerde über die Behandlung der Gefangenen laut geworden. Die Sonntagsruhe beim Militär halte er selbst als Geistlicher für ausreichend gewahrt. Wenn einmal dienstliche Verrichtungen angeordnet wurden, so seien es immer solche, die sich nicht gut aufschieben ließen. Beschwerden darüber seien nicht am Platze. Am wenigsten aber sei die Tribüne des Reichstags der Platz, um solche Kleinigkeiten hier zur Sprache zu bringen, gewissermaßen vor der Oeffentlichkeit die schmutzige Wäsche der Armee zu waschen. Man thue damit der Armee keinen Gefallen, man diskreditire sie nur vor dem Auslande. Seine Freunde halten es deshalb für ihre Pflicht, die Armee gegen solche Angriffe in Schutz zu nehmen. Die Armee sei einmal das starke Bollwerk, das Thron und Altar schützen soll gegen die eindringenden Fluthen der Sozialdemokratie. (Beifall.)

Frhr. v. Stumm (Rp.) hat die Broschüre des Abg. Bebel noch nicht gelesen, kann aber nach den bisherigen Leistungen des Abg. Bebel auf militärischem Gebiete sich nicht viel Nutzen davon versprechen. Wenn die Militärverwaltung Arbeiter entlasse, die sozialdemokratische Agitation trieben, so thue sie einfach ihre Pflicht. Solche Arbeiter gehörten nicht in königliche Werkstätten. Wenn die Vertreter des Bundesraths den Sozialdemokraten gegenüber manchmal ein Ton angeschlagen werde, der Herrn Singer nicht paßt, so trage er und seine Partei die Schuld daran. Er selbst habe ja dem Minister heute vorgeworfen, er sei nicht bei der Wahrheit geblieben, und neulich habe man den Grafen Posadowsky einen Kommis nennen hören. Das sei doch ein Ton, der ihnen gegenüber noch nie angeschlagen worden sei. Die Sozialdemokraten seien nicht einmal berechtigt, hier im Hause zu sitzen. Sie bezögen ja zugestandenermaßen Diäten aus Privatmitteln und verletzten damit die Verfassung. Verbitte sich Abg Singer die Anwendung der Bezeichnung „Genossen" seitens des Bundesraths, so verbitte er es sich, von den Sozialdemokraten als „Kollege" bezeichnet zu werden. Dem Kriegsminister müsse man aber dankbar sein, wenn er den Sozialdemokraten gegenüber die Interessen der Armee mit aller Entschiedenheit vertrete. (Beifall rechts.)

Bebel meint, der Kollege v. Stumm (Heiterkeit) habe seine Ausführungen über die sozialdemokratischen Arbeiter in Staatsbetrieben schon zum hundertsten Mal wiederholt. Hundertmal seien sie auch schon widerlegt worden. Den Bezug von Privatdiäten habe ja Fürst Bismarck verhindern wollen, er habe aber doch nicht die Macht dazu gehabt. Den Abg. Schall würden wohl die Fluthen der nächsten Wahlen wegschwemmen, er würde nicht wieder hier im Hause erscheinen.

Kunert (SD.) polemisirt noch einmal gegen General v. d. Boeckh. Die Festungsverhältnisse lassen nicht nur in Weichselmünde, sondern noch anderswo z. B. in Ulm zu wünschen übrig. Der Sächsische Bevollmächtigte hat mir in Bezug auf die Verhältnisse des Dresdener Militärgefängnisses keine Thatsache bestreiten können. Was die Spandauer Verhältnisse anlangt, so hat mich General v. d. Boeckh nur in Kleinigkeiten berichtigen könne. Im Großen und Ganzen entsprachen die Angaben des „Vorwärts" vollständig der Wahrheit. Die Aeußerungen des Pastors Schall waren so wie ich sie von ihm erwartet habe. Mit dem frommen Augenaufschlag ist es aber nicht gethan.

Die Diskussion wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Legien (SD.): Herr v. Stumm hat behauptet, ich hätte die Gewerkschaften als Vorschule für die Sozialdemokratie bezeichnet. So lange mir Herr Stumm nicht nachweist, wo und wann ich solch einen Ausspruch gethan habe, muß ich seine Behauptung für tendenziös erklären.

Singer (SD): Der Kollege Frhr. v. Stumm hat sich über den Ton beklagt, den ich hier angeschlagen habe. Er ist der Letzte, von dem ich Belehrungen über den Ton entgegennehmen kann, denn seine Tonart durfte in keinem Lehrbuch für den Umgang mit Menschen Aufnahme finden. Wenn er sagte, wir hätten kein Recht hier im Reichstage zu sitzen, so hat er ja nur einen Ausspruch des Fürsten Bismarck nachgesprochen. Was die Diäten anlangt, so konnten wir nicht wie Herr v Kardorff unter die Gründer gehen, um uns für die entgangenen Diäten schadlos zu halten. (Unruhe rechts. Sehr wahr links.) Wenn Herr von Stumm dem Kriegsminister den Rath gegeben hat, uns gar nicht zu antworten, so hätte er selbst diesen Rath befolgen sollen, ein Verlust für den Reichstag wäre daraus nicht entstanden. (Heiterkeit.)

Frhr. v. Stumm (Rp.): Ich habe mich über den Ton des Herrn Singer nicht beklagt, an den bin ich gewöhnt (Heiterkeit rechts.) Ich habe nur gesagt, der Abg. Singer habe kein Recht, sich über den scharfen Ton des Kriegsministers zu beklagen. Was nun den Genossen Bebel anlangt (Große Heiterkeit), so habe ich nur von Agitatoren der Sozialdemokratie gesprochen, die nicht in königlichen Werkstätten Arbeiter sein dürfen. Auf die Armee habe ich die Konsequenz nicht gezogen, da ich glaube, daß diese jugendlichen Leute noch auf den richtigen Weg gelenkt werden können.

v. Kardorff (Rp.): Der Abg. Singer hat eine sehr gehässige Bemerkung gegen mich hier vom Zaune gebrochen. Ich erwidere ihm, daß ich stolz bin, an der Entwickelung der Industrie mitgewirkt zu haben. Ich kann nur dadurch alle diese Fragen mit beurtheilen. Herr Singer sollte doch anderen Leuten nicht vorwerfen, wie sie Vermögen erworben haben, er sitzt selbst im gläsernen Hause.

Schall (DK.) erwidert dem Abg. Bebel, daß er nicht mehr zum Reichstage kandidiren werde, deshalb auch nicht fortgeschwemmt werden könne.

Singer (SD.): Soweit ich Vermögen habe, habe ich es mir auf ehrliche Weise, nicht durch unsaubere Gründungen erworben

Kardorff (Rp.): Diese Erwiderung war nichts als eine jüdische Unverschämtheit. (Große Bewegung.)

Präsident v. Buol: Das war eine Beleidigung, die ich ernstlich rügen muß.

Singer (SD.): Der Gründer der Laurahütte kann mich nicht beleidigen. Die Aeußerung des Abg. v. Kardorff war nichts weiter, als eine junkerliche Flegelei. (Große Bewegung.)

Präsident v. Buol: Auch diese Beleidigung muß ich rügen. Ich meine, der persönlichen Bemerkungen sind genug gewechselt. Ich möchte das Wort nicht weiter ertheilen. (v. Kardorff: Ich bitte ums Wort. Ich bin beleidigt worden)

v. Kardorff (Rp.): Der Abg. Singer irrt, ich habe die Laurahütte nicht gegründet.

Der Berichterstatter Abg. Graf von Roon (DK.) konstatirt unter Heiterkeit des Hauses, daß der Titel „Gehalt des Kriegsministers" in der zweitägigen Debatte von keiner Seite angefochten worden sei.

Der Titel Kriegsminister wird hierauf bewilligt, ebenso debattelos die übrigen Titel des Kapitels „Centralverwaltung". Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung des Militär-Etats.)

Schluß 5½ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

22. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.
J. A.:
R. Schenk, Lederstraße.

Zur Wahl. In der „Politischen Wochenschau" der „E. Z." schreibt Herr T. Sz.:

„Es kommt nun die Zeit, und sie ist nicht mehr fern, wo die Schimpfereien, Gehässigkeiten und Verhetzungen, die man Wahlkampf nennt, wieder an der Tagesordnung sein werden."

Selbsterkenntniß ist immer gut, wenn bei der „E. Z." auch die Besserung ausgeschlossen ist.

Im Industrieverein hat Herr Fabrikinspektor Johannsen Bericht erstattet über die Fabrikindustrie im Jahre 1897, wobei auch die Kosten von Streiks berührt wurden. Wir dächten, es wäre nachgerade Zeit, daß man endlich einmal den gedruckten Bericht für das Jahr 1896 erhielte! Oder ist das nicht nothwendig? Genügt es, wenn der hochlöbliche Industrieverein rechtzeitig instruirt wird? Ist der Fabrikinspektor etwa nicht verpflichtet, der Oeffentlichkeit Rechenschaft abzulegen über seine Thätigkeit! Macht es ihm und dem Lübeckischen Staate ein besonderes Vergnügen, so ab und zu aus besonderen Gründen im Reichstage als Beweismaterial auf den Tisch des Hauses gelegt zu werden? Ein sonderbarer Geschmack!

Für die Nationalsozialen macht das Amtsblatt schämig Propaganda — weil eben der „kommende Mann" noch nicht da ist — faute de mieux, um mit T. Sz. zu reden.

Der Verein für Naturheilkunde hielt am Sonnabend im „Concordia-Garten" eine überaus starkbesuchte Versammlung ab. Einen ausführlichen Bericht bringen wir in der morgigen Nummer.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen ein elfjähriges Mädchen, welches fortgesetzt Taschendiebstähle bezichtigt wird.

Die Sterbekasse „Die Vertrauliche" hat am Sonntag ihre Generalversammlung abgehalten. Das Amtsblatt berichtet darüber u. A.:

„Der Antrag eines Mitgliedes auf Aenderung des § 12 der Kassenordnung wurde nach lebhafter Debatte einstimmig abgelehnt. Nachdem der Vorsitzende sodann noch die Erklärung abgegeben hatte, daß geäußerte Wünsche betreffs der Ankündigungen der Kasse erwogen werden sollen, wurde die Versammlung geschlossen."

Daß ein Blatt, dessen Namen gewisse Individuen wegen einer Art Idiosinkrasie nicht in den Mund nehmen, dabei genannt wurde, wird natürlich wohlweislich verschwiegen.

Wegeregister Vorwerk. Durch die theilweise Verlegung des von Cleve nach Lübeck durch die Wegegemeinde Vorwerk führenden öffentlichen Fußsteiges ist ein dritter Nachtrag zum Wegeregister der Wegegemeinde Vorwerk erforderlich geworden. Der vom Wegeinspektor aufgestellte Entwurf solchen Nachtrags wird in Gemäßheit des § 32 der Wegeordnung sowohl im Geschäftszimmer des Polizeiamtes als auch bei dem Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Vorwerk vom 20. Februar bis 15. März d. Js. öffentlich ausgelegt sein. Solches wird durch das Polizeiamt zur allgemeinen Kunde gebracht mit der Aufforderung: daß alle Diejenigen, welche gegen den Entwurf Einwendungen erheben wollen, dieselben innerhalb vier Wochen, vom 19. Februar an gerechnet, bei dem Polizeiamt schriftlich einzureichen haben, widrigenfalls sie mit ihren Einwendungen bei Feststellung des Nachtrages nicht weiter gehört werden sollen.

Hebamme. Die Ehefrau Christine Dorothea Johanna Tollgrefe geborene Wulff, Schmiedestraße 18 hierselbst, ist als Hebamme zugelassen und beeidigt worden.

Travemünde. Eine öffentliche Volks-Versammlung tagte hierselbst am Sonntag bei Herrn Schulz. Dieselbe war sehr stark besucht und nahm einen guten Verlauf. Genosse Th. Schwartz sprach in 1½stündigem Referate über „Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Reichstagswahlen", indem er unter gespannter Aufmerksamkeit der Anwesenden die brennenden Tagesfragen beleuchtete. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Stimmung im Dorfe läßt das Beste erwarten.

-k. **Dassow.** Eine öffentliche Wählerversammlung tagte hierselbst am Sonntag Abend im Lokale „Kaiserhof". Referent war der liberale Reichstagskandidat des 1. mecklenb.-schwerin. Wahlkreises, Herr Fischer, Sekretär des deutschen Fischereivereins zu Steglitz bei Berlin, welcher sich den Wählern vorstellte. Der Vorsitzende, ein Herr Eggers aus Rostock, eröffnete die Versammlung mit den üblichen Hochs. Herr Fischer bekannte sich als Anhänger der Freisinnigen Volkspartei und entwickelte in 1½stündiger Rede sein Programm. Er bedauerte die ungenügende Macht des Reichstages, welcher wohl Etats bewilligen dürfe, bei Wahl und Entlassung von Ministern aber nicht mitzureden habe. Scharf bekämpfte er das in Aussicht stehende Marine—Septennat. Bei der Kritik der einzelnen Parteien ging er besonders den Conservativen zu Leibe, welche Alles mit „Hipp, hipp, hurrah!" bewilligen möchten, während die Sozialdemokraten auf dem alten „Keinen Mann und keinen Groschen" beharrten. Seine Partei würde prüfen, was nöthig sei, und dafür eintreten, daß das Volk nicht zu sehr bedrückt werde. (Das heißt eben, die Katze im Sack kaufen. Mit dieser Phrase reden sich alle die Herren um feste Erklärungen herum. D. R. d. „L. V.") Weiter plädirte Redner für das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht und die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Im Gegensatz zu Conservativen und Landbündlern sei seine Partei die einzige wahre Beschützerin der Arbeiter und kleinen Handwerker. Gegen Doppelwährung und Innungswesen machte er Front. Zum guten Ende nahm er die Sozialdemokraten noch besonders vor und bezeichnete sie als Umstürzler und Theiler. (Was echt liberal ist. D. R.) In der Diskussion erhielt Genosse Th. Bartels Lübeck das Wort, um dem Redner klarzulegen, daß Dasjenige, was er den Wählern verspreche, von seiner Fraktion noch niemals ehrlich gehalten worden sei, um ihm vor Augen zu halten, wie liberale und „freisinnige" Majorität in der Praxis ihre schönen, arbeiterfreundlichen Theorien vertreten. Die Angriffe auf unsere Partei wurden energisch zurückgewiesen und die Ziele unserer Partei in großen Zügen treffend klargelegt. Unter stürmischem Beifall schloß Redner mit der Mahnung an die Arbeiter, auf dem Posten zu sein und am Wahltage für den Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten. Nach einer kurzen Erwiderung des Herrn Fischer trat Genosse Seß-Güstrow, der sozialdemokratische Kandidat des 1. Kreises auf, um sich den Wählern zu präsentiren und in kurzen Worten spezifisch mecklenburgische Verhältnisse zu schildern. Nicht die Freisinnigen würden dem Volke eine Verfassung schaffen, das Volk müsse sie ertrotzen und erkämpfen. Sodann erhielt abermals der Genosse Bartels das Wort, um Herrn Fischer in einzelnen Punkten zu widerlegen, worauf nach kurzem Schlußwort des Referenten die von reichlich 300 Personen besuchte hochinteressante Versammlung um halb 12 Uhr geschlossen wurde. — Eine gleiche Versammlung fand in Roggenstorf statt. Hier trat Genosse Seß-Güstrow dem Referenten mit großem Erfolge, den selbst die Gegner zugestanden, entgegen. Ein ausführlicher Bericht steht noch aus.

Hamburg. Das hamburgische Disziplinargericht hat eine Disziplinaruntersuchung gegen den Kandidaten der Welfen im 19. hannöverschen Wahlkreis, Lehrer Alpers abgelehnt.

Eutin. Die Versammlung des Bundes der Landwirthe, welche auf Donnerstag angesetzt war, findet erst am Freitag statt. Am selben Tage wird der Bundesredner — Dr. Rösicke — in Lübeck im „Conzerthaus Fünfhausen" reden über „Gemeinsame Interessen von Stadt und Land und die Nothwendigkeit der Erhaltung des Mittelstandes". Herr Lauenstein ladet zu dieser Versammlung Alle ein, welche von der Nothwendigkeit der Erhaltung des Mittelstandes überzeugt sind.

See-Berichte.

D. „Bore", Capt. Beskow, ist am 19. Februar in Stockholm eingetroffen.

D. „Baltic", Capt. Malmberg, ist am 20. Februar von Hangö auf hier abgegangen.

D. „Afrika", Capt. Andersen, ist am 20. Februar von Hangö auf hier abgegangen.

D. „Trave", Capt. Meislahn, ist am 21. Februar in Swinemünde angekommen.

D. „Elita", Capt. Pierstorff, ist am 20. Februar von Libau auf hier abgedampft.

D. „Marie Louise", Capt. Nachtwey, ist am 20. Februar in Reval eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Die glückliche Geburt eines **Knaben** zeigen an

H. Maack und Frau.

Frau **Paflack**, Heinrichstraße 2, zu ihrem am 24. d. Mts. stattfindenden Geburtstag die besten Glückwünsche! **P. P.**

Zu vermiethen ein gut möbl. Zimmer
Ludwigstraße 25, part

Gesucht Morgenfrau oder Mädchen
zur Aushülfe Gr. Burgstraße 59 part.

Gesucht ein selbstständiger Maurer
der einen Umbau von Wohn- zum Ladenraum übernimmt. Refl. wollen sich meld. Reiferstr 19, p.

Eine Weißnäherin sucht Beschäftigung in und außer dem Hause. Daselbst wird feine Wäsche sauber gewaschen und geplättet Mittelstraße 26. 1. Et.

Anständ. jung. Mann (gerient. Kavallerist) sucht Beschäftigung irgend welcher Art. Gefl. Offerten unter **J C** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gesucht ein Rest gute alte Bretter
Lützowstraße 2a.

Zu verkaufen
ein gut erhaltener Kindersitzwagen
Fischergrube 18, part., links.

Umstände halber beabsichtige ich, mein Haus, nahe der Hansastraße, baldmöglichst zu verkaufen. Preis 12,700 Mk. Brandkasse 13,700 Mk. Mietheeinnahme ohne eigene Wohnung 685 Mk. Anzahlung 1000 Mk. Näheres in der Exped. d. Bl.

Gebrannten Caffee
Pfd. 80 Pfg.
in verbesserter Qualität
Caffee-Rösterei Holstenstr. 10

Brauerei Paulshöhe
vorm. **A. Spitta**
zu Ostorf bei Schwerin i. M.
empfiehlt ihre
aus feinstem Hopfen und Malz gebrauten Lager- und Pilsener Biere.
Gefl. Aufträge wolle man richten an unseren Vertreter:
Herrn **Martin Müller, Lübeck.**

Otto Gennburg's Concerthalle.
Täglich: **Großes Concert** (Damen-Kapelle).
Mittwochs und Sonnabends: **Frühschoppen.**

Rheumatikern
schnelle Hülfe
durch E. Schneider's
Rheumapulver.
Angenehme äußerliche Selbstbehandlung ohne Berufsstörung Versandt brieflich. Zu beziehen, nebst Gebrauchsanweisung, gegen Nachnahme oder Einsendung von Mk. 2.— durch
Carl Helm
Berlin C., Linienstraße 45.
Viele Anerkennungsschreiben. Näh. Auskunft gratis.

Künstliche Zähne von 2 Mk. an, Plombiren, Zahnziehen.
H. Schreiber, Holstenstraße 32.

Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.
„ Schweinefleisch Pfd. 60 Pf.
„ Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.
empfiehlt:
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73.

Kopffleisch Pfd. 40 Pfg.
Bratenschmalz Pfd. 50 Pfg.
Leberwurst u. Brodwurst
Stück 10 Pfg. empfiehlt
Heinr. Viereck, Hüxstr. 96.

Täglich frisch gekochte Mettwurst
Prima Leberwurst
Prima Preßkopf
Prima geräuch. Mettwurst in 3 Sorten
sowie täglich Bratwurst u. Saucischen
empfiehlt
Joach. Schmidt,
Inhaber **Heinr. Schmidt.**
Hüxstasse 43.

Weizenmehl Pfd. 14 Pfg., Buchweizenmehl Pfd. 13 Pfg., Buchweizen-, Gersten-, Hafergrütze, Haferflocken, Graupen, Gries
billigst bei
Bernhard Grube,
Lachswehr-Allee 25.

Margarine
welche der feinsten Meierei- und Bauern-Butter **gleich kommt,**
ist stets in **schöner frischer** Qualität zum Preise von **50, 60 u. 65 Pfg.**
bei mir im separaten Laden, (Eing. links),
wo auch der Verkauf von diversen
Fleisch- u. Wurstwaaren
stattfindet, zu haben.
Ein Probe-Versuch wird Obiges bestätigen.
Ferd. Schreiber
20 Langer Lohberg 20.

Achtung!
Schauerleute
Der Protest-Versammlung wegen
findet die nächste
Mitglieder-Versammlung
erst am Donnerstag den 24. Febr.
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50
statt.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Stadt-Theater.

Mittwoch: 97. Abonnem.-Vorst. 1. Abth. Roth.
Zum 1. Male im Abonnement. Opernpreise.
Beispielloser Lacherfolg, stürmischster Beifall.
Im weissen Rössl
Donnerstag: 98. Abonnem.-Vorst. 2. Abth. Blau.
Gr. Doppel-Vorstellung bei einfachen Preisen.
Fidelio.
Hierauf: **Hans Huckebein.**

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 45. Mittwoch, den 23. Februar 1898. 5. Jahrgang.

Der Zola-Prozeß.

Paris, 18. Februar.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verliest der Präsident den Gerichtsbeschluß, worin es heißt, dem Vertheidiger sei mit Recht das Wort verweigert worden, weil er an die Generäle Boisdeffre und Pellieux Fragen stellen wollte über einen Zwischenfall, der zum Prozeß Dreyfus gehöre, dessen Besprechung ein Gerichtsbeschluß bereits untersagt habe. Der Gerichtsbeschluß erklärt, Major Esterhazy werde wieder berufen werden, sobald dazu Anlaß sei.

Clemenceau theilt mit, er werde soeben benachrichtigt, daß Frau Boulancy sich im Gerichtsgebäude befinde, aber aus Furcht für ihre persönliche Sicherheit nicht wage, in den Saal einzutreten. Er bittet den Präsidenten, Maßregeln für ihre Sicherheit zu treffen.

Der Präsident erwidert: Lassen Sie sie kommen, wenn Sie können. Das geht dem Gerichtshof nichts an. Der Staatsanwalt erklärt: Frau Boulancy wird hier ebenso geschützt werden, wie alle Welt. Sie können Sie kommen lassen. (Bewegung.)

Auf Antrag Laboris wird Oberst Picquart wieder aufgerufen. Auf eine entsprechende Frage Laboris erwidert Zeuge: Oberst Henry hat hier ausgesagt, das Aktenstück, das ich mit Leblois zusammen durchgesehen haben soll, wäre aus dem eisernen Schranke nur herausgenommen worden, um mir durch den Archivar Gribelin zugestellt zu werden. Ich erkläre, daß das Aktenstück zwischen dem Monat Dezember 1894 und dem Zeitpunkte, wo ich es angeblich mit Leblois durchgesehen haben soll — was ich übrigens nochmals bestreite — aus dem eisernen Schrank herausgenommen worden ist; Archivar Gribelin und Major Lauth, der das Schlüsselwort kannte, konnten das Aktenstück ebenso gut aus dem Schrank nehmen, wie ich selbst. Picquart sagt dann, zu der Zeit, als der Verdacht gegen Esterhazy begann, sei im Ministerium ein Schriftstück eingetroffen, das den Verdacht gegen Esterhazy zu beseitigen im Stande war. Dieses Schriftstück, sagt Zeuge, ist dasjenige, das man als eine Fälschung ansehen kann.

Labori: Um welches Schriftstück handelt es sich?

Picquart: Um das, von dem gestern Pellieux gesprochen hat.

General Gonse tritt hierauf vor, um, wie es Boisdeffre gethan hat, zu versichern, daß das Schriftstück, von dem Pellieux gesprochen hat, echt sei. Mehr könne er, Zeuge, nicht sagen.

Advokat Clemenceau, der sich kurze Zeit entfernt hat, kehrt zurück und theilt mit, Frau Boulancy werde erst morgen kommen.

Esterhazy wird nun wieder aufgerufen, was Aufsehen erregte. Labori stellt zwei oder drei Fragen, auf die Esterhazy unabänderlich erwidert, er werde nicht antworten. Es bricht darauf im Hintergrunde des Saales unbeschreiblicher Beifall aus, was Labori zu der Bemerkung veranlaßt, er erfahre soeben, daß man den Hintergrund des Saales nur unter Vorzeigung einer Offizierkarte betreten dürfe. (Lärm.)

Hierauf stellt Advokat Clemenceau seine Fragen an Esterhazy. Auf die Frage: Zu welcher Zeit war Zeuge im Nachrichtendienste in Frankreich beschäftigt? erfolgt keine Antwort. Clemenceau fragt: Hat Zeuge Frau Boulancy gekannt? Dies veranlaßt den Präsidenten, den Zeugen zu fragen: Wollen Sie auf diese Frage antworten?

Esterhazy erwidert: Auf keine Frage, Herr Präsident. Auch auf die fernere, an den Zeugen gerichtete Frage: Haben Sie den Brief geschrieben, in welchem es heißt: die Deutschen werden alle diese Leute an ihren Platz bringen, erfolgt keine Antwort.

Während der Unterbrechung der Sitzung war in der Galerie Harley fünf Minuten lang eine große Kundgebung zu Ehren des Generals Pellieux. Eine Menge Advokaten und andere anwesende Personen umringten den General Pellieux und riefen begeistert: „Es lebe die Armee!"

Pellieux, „sehr bewegt", antwortete auf die Kundgebung: Ich kann nur entgegnen mit dem Rufe: „Es lebe Frankreich!"

Ein Individuum, das rief: „Es lebe Zola!" wurde mißhandelt und war gezwungen, sich in den Zeugensaal zurückzuziehen.

Ein weiterer Zwischenfall ereignete sich zwischen einem Polizeikommissar und dem Herzog von Montebello, der rief: „Es lebe die Armee!" Der Kommissar sagte ihm, er möge gehen und draußen manifestiren, worauf der Herzog entgegnete: „Niemand wird mich daran verhindern, meiner Erregung und meiner Entrüstung so Ausdruck zu geben, wie ich es für gut halte."

Clémenceau stellt eine Reihe von Fragen in Betreff der an Frau Boulancy gerichteten Briefe, in denen der Armee und ihren Führern übel mitgespielt wird; Esterhazy antwortet aber nicht, sondern dreht Zola und seinen Vertheidigern den Rücken zu und sieht nur die Geschworenen an. Im Saale herrscht große Erregung.

Clémenceau fährt mit dem Verlesen der Briefe fort, in denen von dem Ulanen die Rede ist und von Paris, das im Sturm genommen und 100 000 betrunkenen Soldaten zur Plünderung überliefert wird.

Clémenceau fragt: Erkennt der Zeuge die Richtigkeit dieser Briefe an?

Esterhazy bewahrt, ein vollendeter Strolch, sein geringschätziges Stillschweigen. Clémenceau verliest nun die auch schon im Kriegsgerichte verlesenen Zeugnisse, die sich sehr lobend über den Zeugen aussprechen, und sagt zum Präsidenten: Wollen Sie den Zeugen fragen, ob er von diesen Zeugnissen nicht ein wenig überrascht gewesen ist?

Esterhazy giebt auch auf diese Frage keine Antwort.

Clemenceau fährt fort, Fragen zu stellen, von denen eine immer schwerwiegender als die andere ist, Esterhazy giebt aber, was sehr bequem, keine Antwort.

Die Lage erscheint jetzt äußerst gespannt. Esterhazy wiegt sich ein wenig auf den Beinen, auf seinem Gesicht, das äußerst bleich ist, spiegelt sich dumpfer, mühsam verhaltener Zorn wieder. Alles fragt sich, ob nicht ein ernster Zwischenfall sich ereignen wird. Im Saale herrscht tiefes Schweigen.

Clemenceau, der nicht weniger als hundert Fragen an Esterhazy gerichtet hat, erklärt, er komme nun zu der letzten Reihe von Fragen. Er fragt Esterhazy, ob er Beziehungen zum Oberst v. Schwarzkoppen (dem ehemaligen deutschen Militärattaché in der deutschen Botschaft in Paris) gehabt habe. —

Präsident: Das berührt die auswärtigen Beziehungen, die Frage darf nicht gestellt werden.

Clemenceau fragt: Warum nicht, wenn es sich um Ermittelung der Wahrheit handele?

Der Präsident erwidert: Weil es etwas giebt, das noch darüber steht: die Ehre der Armee und des Landes. (Donnernder Beifall; Rufe: Bravo! Bravo! Im Hintergrunde ruft Jemand: Entziehen Sie ihm das Wort!)

Der Präsident sagt: Führen Sie die Person aus dem Saale, die laut gerufen hat.

Clemenceau und Alle schreien laut. Lärm.

Nach und nach tritt wieder Ruhe ein, und Major Esterhazy tritt von den Schranken zurück, ohne auch nur ein Wort gesprochen zu haben.

Die Vernehmung der Zeugen wird fortgesetzt, so die Antants, der vor dem Kriegsgericht erzählt hatte, die Geliebte Esterhazy's hätte ihm mitgetheilt, Letzterer habe Selbstmord begehen wollen.

Jules Huret vom „Figaro" erzählt, gelegentlich der Erhebung, die er in Rouen unter den Offizieren dieser Stadt veranstaltet habe, habe man ihm gesagt, als die Blätter von einem Offizier gesprochen hätten, der an Stelle Dreyfus' Verrath begangen hätte, habe man sofort an Major Esterhazy, den man für einen Hochstapler der französischen Armee halte, gedacht. (Bewegung.)

General Garrier wird aufgerufen, der Präsident bemerkt aber, er lehne die Vernehmung dieses Zeugen ab, weil dessen Vorladung der Anklagebehörde nicht innerhalb der gesetzlichen Frist mitgetheilt worden sei. Auch die Vernehmung des Majors a. D. Weil wird aus demselben Grunde abgelehnt.

Die Sitzung wird dann ohne weiteren Zwischenfall aufgehoben.

Es bleiben jetzt noch fünf oder sechs Zeugen zu vernehmen.

Aus Nah und Fern.

Hohenwestedt. Ein Amtsvorsteher, aus dem man nicht klug werden kann. Dem Vorsitzenden des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins, Gen. Th. Schulz, ging seitens des Amtsvorstehers folgendes Schreiben zu: „Hohenwestedt, 11. Januar 1898. Dem Vorstand des sozialdemokratischen Vereins, Herrn Th. Schulz, hierselbst. Zur Herbeiführung einer Bescheinigung über das Arbeitsverhältniß seitens der Arbeitgeber über nachstehende Personen, welche nach Ausweis der Mitgliederliste dem p. Verein angehören. (Folgen die Namen von 3 Mitgliedern unserer Parteiorganisation). Der Amtsvorsteher. J. V.: H. Hadenfeld. Der Genosse Schulz sann hin und her, was denn eigentlich der Amtsvorsteher wollte. Aus dem Schreiben, das in einem so wundervollen Stile abgefaßt war, konnte er jedoch nicht klug werden. Darauf legte sich unser Genosse auf's

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(45 Fortsetzung). (Nachdruck verboten).

XXXII.

Greifen wir einige Stunden zurück.

Als Dr. Griffith bei seiner Rückkehr sich vergebens auf dem Bahnhof nach seinem Gehülfen Philipps umsieht, wird er ernstlich besorgt. Wenn während seiner Abwesenheit Crackbrain etwas zugestoßen wäre?

Schon macht sich der biedere Arzt Vorwürfe, daß er seinen Schutzbefohlenen ein paar Tage allein gelassen hat, nur unter der Obhut eines Gehülfen.

Hastig nimmt er einen Wagen und fährt so schnell wie möglich nach der von ihm gemietheten Wohnung in der sechsten Avenue.

„Wo ist Herr Philipps?" ruft er ungestüm dem öffnenden Mädchen zu.

„Ausgegangen, Herr Doktor."

„Allein?"

„Nein, mit Lord Crackbrain."

„Um wie viel Uhr?"

„Gegen zwei."

„Hat er irgend etwas hinterlassen?"

„Nein, Herr Doktor."

„Ist sonst etwas passirt?"

„Nein, Herr Doktor. Nur daß der Lord Crackbrain heut Nacht sehr schlimm war — so schlimm, wie noch niemals."

„Und trotzdem sind sie ausgegangen?"

„Ja, Herr Doktor. Lord Crackbrain konnte kaum die Treppe hinuntergehen. Herr Philipps mußte ihn stützen."

„Hm, hm!"

Ernstlich beunruhigt sieht Dr. Griffith sich im Zimmer um. Sollte Philipps das Telegramm gar nicht erhalten haben?

Doch dort auf dem Schreibtische liegt eine Depesche. Es ist die seine.

Dr. Griffiths Unruhe wächst. Was hat das Alles zu bedeuten?

Etwas Besonderes muß passirt sein.

Rasch entschlossen nimmt er wieder Hut und Stock und eilt nach der nächsten Polizeistation.

„Mein Name ist Griffith, Dr. Griffith," stellt er sich dem dienstthuenden Offizier vor. Ich bin Arzt und Reise-Begleiter eines jungen Engländers, des Lord Crackbrain."

„Ah —!"

Voller Interesse horcht der Offizier auf.

„Vor acht Tagen reiste ich nach Baltimore, wo eine verheirathete Tochter von mir lebt. Ich überließ meinen Schützling der Obhut meines Gehülfen Philipps. Bei meiner Abreise ging es Lord Crackbrain verhältnißmäßig gut. Heute, bei meiner Rückkehr, ist er mit meinem Gehülfen verschwunden — unter verdächtigen Umständen, wie mir scheint."

„Unter verdächtigen Umständen?"

„Ja. Ich telegraphirte Philipps, er solle mich auf dem Bahnhof abholen. Das Telegramm ist eingetroffen, es liegt noch auf dem Schreibtisch. Trotzdem hat Lord Crackbrain mit meinem Gehülfen die Wohnung verlassen und zwar in einem Zustand, der seinen Ausgang gefahrbringend erscheinen läßt."

„Gefahrbringend? Wieso?"

„Lord Crackbrain ist peribdisch wahnsinnig. Letzte Nacht soll er einen heftigen Tobsuchtsanfall gehabt haben, und die kleinste Erregung ruft eine unmittelbare Wiederholung des Anfalls hervor."

„Ist Lord Crackbrain in diesem Zustand gemeingefährlich?"

„Ja. Er hat eine Mord-Manie. Er war bereits einmal in London wegen versuchten Mordes angeklagt, wurde jedoch wegen Unzurechnungsfähigkeit wieder auf freien Fuß gesetzt."

„Weiß Ihr Gehilfe dies?"

„Ja."

„Und trotzdem ist er mit ihm ausgegangen?"

„Das macht mich eben stutzig. Zwar kenne ich Philipps seit sechs Jahren; ich hätte ihm Lord Crackbrain sonst nicht anvertraut. Aber —"

Und was, Herr Doktor, wünschen Sie, daß ich in dieser Angelegenheit thun soll?" unterbricht ihn der Offizier.

„Wollen Sie, bitte, nach allen Polizeistationen, sowie nach allen Bahnhöfen telegraphisch um Auskunft über die beiden Personen bitten! Scheuen Sie keine Kosten!"

„Gut. Setzen Sie ein Signalement der Beiden auf!"

Dr. Griffith willfahrt sofort dem Wunsche.

„Recht so!" bemerkt der Offizier, nachdem er die Signalements überflogen. „Wollen Sie hier auf Antwort warten oder später wieder vorsprechen?"

Dr. Griffith zieht vor zu warten.

Schon nach einer Stunde läuft folgendes Telegramm ein:

„Beide Herren anscheinend gesehen im Kings-Hotel, dem Bahnhof gegenüber. Haben soeben das Hotel verlassen."

Nach einer weiteren halben Stunde liest Dr. Griffith mit steigender Erregung:

„Beide Herren in Begleitung zweier Damen im

Rathen, und kam denn auch auf den Gedanken, der Amtsvorsteher wolle Auskunft darüber, wo die von ihm in dem Schreiben angeführten Mitglieder in Arbeit stehen. Der Vorsitzende theilte nunmehr dem Amtsvorsteher mit, daß er sich nicht gesetzlich verpflichtet fühle, ihm hierüber Auskunft zu ertheilen. Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen mit dem Amtsvorsteher erhielt Genosse Schulz folgenden Strafbefehl: „Sie haben als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins einer diesseitigen Verfügung, betreffend Auskunftertheilung über das Arbeitsverhältniß verschiedener Mitglieder des genannten Vereins nicht Folge geleistet. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des § 13 der Verordnung, betreffend des Versammlungs- und Vereinsrechts, eine bei der Amtskasse zu erlegende Geldstrafe von 15 Mk., an deren Stelle, wenn sie nicht beizutreiben ist, eine Haft von einem Tage tritt, hierdurch festgesetzt." Gegen diesen Strafbefehl beantragte der Genosse Schulz richterliche Entscheidung. In der vorigen Woche stand die Sache vor dem hiesigen Schöffengericht zur Verhandlung. Das Gericht sprach den Genossen Schulz frei, weil es aus der Verfügung des Amtsvorstehers nicht klug werden konnte.

Wie Besserungsanstalten bessern, davon gab eine Verhandlung vor dem Meininger Schwurgericht einen Beweis. Vor den Geschworenen stand der 39jährige frühere Weber Max Friedrich Nötzel von Meerane in Sachsen, zuletzt Insasse des Korrektionshauses Dreißigacke bei Meiningen. Als Sohn braver Eltern hat er eine gute Schulbildung erhalten; er besuchte die Realschule seiner Vaterstadt, ist aber dann zum schweren Verbrecher herabgesunken. Nötzel ist nicht weniger als 54 Mal — meistens wegen Bettelns und Landstreichens — vorbestraft, hat aber auch Strafen wegen Körperletzung, Diebstahls und Leichenschändung auf dem Kerbholz. Gebessert haben ihn die Strafen also nicht. Im Jahre 1886 kam er auf die Dauer von 2 Jahren in das obengenannte Arbeitshaus. Schon vorher hatte er erklärt, etwas ausfressen zu wollen, um in's Zuchthaus zu kommen, das ihm willkommen sei. Am 7. August vorigen Jahres stach er nach einem belanglosen Wortwechsel den Häusler Keller mit einem Messer in den Kopf. Wie er frech erklärt, habe er dem Genossen die Augen ausstechen wollen, damit ihn dieser nicht mehr hätte anglotzen können. Am 21. Oktober sollte ein weiterer Angriff auf den Häusler Kanis folgen. In einem Hausgarten, wo eine Anzahl Häusler arbeiteten, schlug der Angeklagte den Kanis mit der Faust mehrere Male in's Gesicht. Als sofort das Blut aus Mund und Nase drang, forderte Nötzel den Kanis auf, das Blut abzuwischen, widrigenfalls er ihn vollends todtschlagen werde. Er zerschlug gleich danach eine Glasflasche auf dem Kopfe seines Opfers, dann faßte er eine schwere eiserne Hacke und schlug damit dem Genossen auf den Kopf' Ein anderer Häusler fiel dem Nötzel in die Arme und hielt ihn von der Vollendung des Todtschlags ab. Vor Gericht meinte der Angeklagte, daß es ihm leid thue, den Kanis und den, der ihn am Todtschlag verhindert, nicht erschlagen zu haben. Der Präsident rügte die entsetzliche Rohheit, und hielt dem Angeklagten vor, daß er ein wirklich von Gott verlassener Mensch sei, worauf der Angeklagte erwiderte: „Ich habe nur nach Recht und Pflicht gehandelt, ein Mensch, wie der Kanis, hat nichts auf der Welt zu suchen." Um das Maß seiner Schandthaten voll zu machen, steckte er in der Nacht des 27. Oktober, also wenige Tage nach dem versuchten Todtschlag, das Arbeitshaus in Brand. Das Feuer wurde zum Glück bald entdeckt und gelöscht. Der Angeklagte meinte in seiner rohen Art, er hätte den „Schweinestall" und die „Räuberhöhle" nur ein Bischen heizen wollen. Der Staatsanwalt hob in seiner Begründung hervor, daß er in seiner 20jährigen staatsanwaltschaftlichen Praxis keinen Menschen von so brutaler Gesinnung, wie den Angeklagten, kennen gelernt habe. Er beantragte eine Gesammtstrafe von 15 Jahren Zuchthaus. Der Gerichtshof gab denn auch diesem Antrage statt.

Das furchtbare Unglück auf der Zeche „Karolinenglück" entstand nach der „Köln. Ztg." am Donnerstag Morgen 6½ Uhr auf der fünften Sohle im östlichen Felde. Die Explosionsgase zogen zur vierten und dritten Sohle, von denen sich die Belegschaft zum Theil retten konnte, ehe sie die giftigen Nachschwaden erreichten; Viele sind aber von ihnen überrascht worden. Diese Leute haben zum Theil den Tod gefunden oder sie wurden betäubt zu Tage gefördert. Da zu so früher Stunde das Telephon noch nicht in Betrieb war, so sandte man reitende Boten nach dem Bergmannsheil und zu den Aerzten, ebenso holte man Wagen, wo sie nur zu haben waren, um die Verletzten zum Bergmannsheil oder in andere Krankenhäuser zu bringen. Professor Löbker vom Bergmannsheil und zahlreiche andere Aerzte waren rasch zur Stelle, um den Verletzten die erste Hülfe angedeihen zu lassen, bei Betäubten Wiegerbelebungsversuche anzustellen oder sonst zu helfen. Barmherzige Schwestern spendeten den Verletzten Labung mit verdünntem Essig, Wein und Branntwein. Draußen vor dem Zechengebäude harrte eine große Menschenmenge, zahlreiche Frauen und Kinder sind darunter. Laute Freudenrufe ertönten, wenn ein schon todt Geglaubter heil aus der Grube kam oder seine Verletzungen sich als leicht erwiesen. Aber ebenso folgten Ausbrüche lauten Schmerzes, wenn eine Mutter den Sohn, eine Frau den Gatten, ein Kind den Vater als entstellte, halbverkohlte Leiche wiederfand. Entsetzliche Auftritte spielten sich da an dem Gebäude ab, wo die Leichen geborgen wurden. — Bis Freitag früh sind, wie der „Märkische Sprecher" meldet, aus der Zeche „Vereinigtes Karolinenglück" 74 Todte zu Tage gefördert. In den Krankenhäusern liegen 46 Verletzte, von denen bisher zwei gestorben sind. Man vermuthet, daß sich noch 30 Leute in der Grube befinden.

Die Vernichtung des Kreuzers „Maine". Von der 360 Mann starken Besatzung des Kreuzers „Maine" sind, wie die offizielle Liste besagt, 253 Mann und 2 Offiziere todt, 60 Verwundete konnten gerettet werden. Die Offiziere des „Maine" gaben folgende Erklärung ab: „Die Explosion erfolgte im Mittelmagazin. Das Schiff wurde dadurch aus dem Wasser gehoben und ging dann theilweise in Stücke. Alle Offiziere, außer dem Arzte, unterhielten sich gerade in der Offiziersmesse, als die Explosion erfolgte. Eine furchtbare Erschütterung wurde gefühlt; die Offiziere stürzten an Deck, konnten aber nicht weiter als bis zum mittleren Oberbau kommen. Nur eine geringe Anzahl der Mannschaften konnte an Deck gelangen. Das Wasser stürzte über sie; viele wurden davon alsbald betäubt und ertranken. Die Offiziere an Deck entkamen mit Mühe. Eine Leiter vom hintern Deck nach der Torpedokammer war vollgestopft von Matrosen, die wie wahnwitzig für ihr Leben kämpften." Allgemein wird von Zeugen des Unglücks erklärt, daß eine doppelte Explosion stattgefunden hat. Eine Schauer von Trümmern wurde über 300 Meter weit verstreut; dieselben fielen zum Theil auf den Dampfer „City of Washington" nieder. Zwei Boote desselben wurden dadurch zerschmettert. Aus der dichten Rauchwolke, welche das Panzerschiff umgab, kam gräßliches Geschrei. Scheinwerfer ließen sofort ihr Licht auf das Wrack fallen, und Boote stießen vom Ufer ab, gleichzeitig von dem spanischen Kriegsschiffe „Alfons XII." und der „City of Washington" zur Rettung der im Wasser mit dem Tode ringenden Seeleute. Augenzeugen auf der „City of Washington" erklärten, sie hörten einen Schuß und fühlten die Erschütterung erst zehn Sekunden später. Darauf sahen sie eine Feuersäule aus dem „Maine" hoch emporsteigen wie aus einem Vulkane. Dann kam ein Feuerregen, vermischt mit Körpertheilen, Schiffstrümmern, auch selbst Kanonentheilen hernieder. — Die in Key West eingetroffenen Offiziere und Mannschaften des „Maine" haben übereinstimmend ihre Ansicht dahin ausgesprochen, daß die furchtbare Explosion nicht von außen verursacht worden sei. Wie sie aber entstanden, bleibt immer noch ein Räthsel. Man nimmt an, daß sie beim Reinigen von Torpedos stattgefunden hat. Die Sprengladung dieser unterseeischen Angriffswaffen befindet sich in dem aus starker Bronze gefertigten Kopf, der Spitze des zigarrenförmigen Körpers, und nur durch besondere Vorrichtungen können die 40 bis 50 Kilogr. Schießbaumwolle darin zur Entzündung gebracht werden. Kein Stoß oder Fall kann eine vorzeitige Explosion veranlassen. Erst im allerletzten Augenblick, wenn beim Kommando: „Klar Schiff zum Gefecht!" die letzten Vorbereitungen für den wirklichen Kampf getroffen werden, schraubt man den Torpedoköpfen ihre Zünder, die sog. Gefechtspistolen, auf, die bis dahin mit größter Sorgfalt in festverschlossenen Blechkästen aufbewahrt werden. Ist die erste Meldung über die Ursache der Explosion richtig, müßte man geradezu annehmen, daß der Kreuzer den Befehl gehabt hätte, sich gefechtsklar zu halten, um jeden Augenblick die Feindseligkeiten eröffnen zu können. Aber trotz aller thörichten Aufregung darf man der Regierung der Vereinigten Staaten solche Hinterlist nicht zutrauen. Schließlich könnten mit overhauling the torpedoes nach dem Sprachgebrauch fremder Marinen auch die Sprenggefäße zur Fahrwasservertheidigung (Minen) gemeint sein bei denen auch ohne Gefechtsklarheit eine Explosion vorkommen kann. Die lagern aber in den Munitionskammern achtern; die Explosion fand nach Aussage des Kommandanten am Bug statt, wo es sich wohl nur um Fischtorpedos, wirkliche Angriffswaffen, handeln kann. Die einzige Aussage, die von einem Augenzeugen, einem geretteten Matrosen des Maine, bisher über die Ursache des Unfalls vorliegt, spricht aber von dem Ursprung im Torpedoraum. Spätere Meldungen aus New-York reden von einer Sprengung der Kohlenbunker, und daran knüpfen die amerikanischen Blätter wilde Vermuthungen über einen verbrecherischen Anschlag der Spanier, man spricht von Höllenmaschinen, und ähnliche tolle Gerüchte erregen die öffentliche Meinung.

Ein famoses Gemeinderathsmitglied ist jener Bauer in einer Landgemeinde an der Ruhr, der seit Kurzem mit berufen ist, die Geschicke seiner Heimathgemeinde zu lenken. Würdig ausstaffirt, mit dem schwarzen Bratenrock angethan, geht er zum ersten Male bedächtigen Schrittes zur Sitzung. Gegen Abend kehrt er von dem schweren Gange heim und wird von einer jugendlichen Schwägerin mit der Frage empfangen: „Wat hat gent dann berohden?" Darauf die unvergleichliche Antwort: „Ech kann et Dech net sagen, se kallden Hochdütsch, morgen soll et wall em Blättschen ston."

Ueber die Fruchtbarkeit verschiedener Fische hat Memyß Fulton in einem amtlichen Bericht über die schottische Hochseefischerei interessante Angaben veröffentlicht. Die größte Zahl von Eiern scheint von allen Fischen der Langfisch oder Leng zu besitzen, der in den nördlichen Theilen der Nordsee einen großen Theil des Fischfangs bildet und vielfach als Stockfisch (unter dem Namen Berger-Fisch) ausgeführt wird; das Weibchen dieses Fisches erzeugt 20—30 Millionen Eier. Dann kommt der Kabeljau mit 2—20 Millionen Eiern, etwa ebensoviele erzeugt der Merlan oder Weißling, und die Steinbutt hat auch noch eine Fruchtbarkeit von 3—6 Millionen Eiern aufzuweisen. Bedeutend dahinter zurückstehen der Hering mit 20—50 000 Eiern und die Feilenscholle mit 30—60 000. Auch die Seezunge ist sehr fruchtbar, die Zahl ihrer Eier ist aber noch nicht genügend festgestellt, und dasselbe gilt für viele andere Arten der bekannten Seefische.

Rauchzimmer des Bahnhofs. Wollen Zug nach dem Niagara benutzen." . . .

Fünfzehn Minuten vor halb neun Uhr springt Dr. Griffith am Bahnhof aus dem Wagen.

„Wann fährt der nächste Zug nach dem Niagara?" keucht er, fast athemlos vor Eile und Erregung.

„In zwei Minuten, mein Herr!"

Dr. Griffith eilt auf den Perron. Dort, vor einem geschlossenen Coupé, steht Philipps neben einer Dame. Wo ist Lord Crackbrain?

Alles sich ihm in den Weg Stellende schiebt Dr. Griffith beiseite. Wie ein Wahnsinniger stürzt er auf Philipps zu.

Soeben hebt der Zugführer die Pfeife zum Mund.

„Machen Sie die Thür auf!" befiehlt Dr. Griffith, am Griff rüttelnd.

Der Conducteur öffnet ein anderes Coupé.

„Hier, mein Herr. Höchste Eile!"

„Nein, nein, dies hier!"

„Bedaure. Ist besetzt."

„Um Gottes Willen, machen Sie auf! Sehen Sie nicht, der Mann hält ein geöffnetes Rasirmesser in der Hand!"

In diesem Augenblick ertönt ein schwacher Angstruf aus dem Innern des Coupés.

Der Conducteur öffnet die Thür.

Lord Crackbrain giebt Irene's Arm, welchen er mit seinen Fingern fest umspannt hielt, frei. Das Messer entgleitet seiner Hand. Entsetzt starrt er Dr. Griffith an, der in das Coupee gesprungen ist und die Arme des Wahnsinnigen fest zusammenpreßt.

Vor dem strengen, zwingenden Blick des Arztes senkt dieser die Augen. Willenlos, wie ein Kind, folgt er ihm.

Irene ist vor Entsetzen halb ohnmächtig. Ihre Glieder sind wie gelähmt. Erst nach einiger Zeit vermag sie es, ihre Gedanken zu sammeln. Wie im Traum sieht sie die lebhaft gestikulirende Menschenmenge vor ihrem Coupee, hört sie einzelne Worte, wie „Selbstmord", „Verrückter", „arme junge Frau".

Dann springt sie aus dem Coupee.

Wo ist ihr Gatte? Sie will ihm nach. Aber wohin?

Sie blickt um sich. . . . Auch Frau Forster und Philipps sind fort. . . . Wo sind sie Alle?

Die Pfeife des Zugführers erschallt. Langsam setzt sich der Zug in Bewegung. Die zurückgebliebenen Menschen verlaufen sich.

Irene steht allein auf dem Perron.

Noch immer glaubt sie, das blinkende Messer vor sich zu sehen, mit dem ihr Gatte, wie sie meint, sich selbst tödten wollte.

Mit wüstem Kopf, halb besinnungslos, besteigt sie einen Wagen. Nur der eine Gedanke beseelt sie: sie muß ihren Gatten finden, den Mann, dem sie vor wenig Stunden angetraut, zu dem sie halten will in allen Zeiten der Trübsal, der Anfechtung.

Wo mag er nur sein? Sie kennt seine Wohnung nicht. Wie ihn auffinden? . . . Vielleicht weiß Frau Forster etwas Näheres! . . .

Sie dirigirt den Wagen nach deren Wohnung. Dort wird ihr der Bescheid, Frau Forster sei um zwei Uhr ausgegangen und noch nicht zurückgekehrt.

Sie entschließt sich zu warten. In nervöser Unruhe rennt sie von einem Zimmer zum andern — stundenlang, bis die Müdigkeit sie überwältigt. Fast bewußtlos sinkt sie auf eine Chaiselongue und ist bald fest eingeschlafen. . . .

Am nächsten Morgen bringt das Dienstmädchen ihr Frühstück mit der Meldung, Madame sei noch nicht zurückgekehrt.

Irene grübelt und grübelt. . . . Was soll sie thun? Warten? Das hat keinen Zweck. . . . Aber an wen sich wenden in ihrer Bedrängniß?

Plötzlich fällt ihr das Standesamt ein, auf dem gestern ihre Trauung stattgefunden hat. Dorthin will sie gehen. Gewiß kann ihr der Beamte Auskunft ertheilen!

Nach mancherlei Irrfahrten findet sie endlich das Standesamt.

Der Beamte erkennt sie sofort wieder. Mit einem mitleidigen Blick auf ihr bleiches, bekümmertes Gesichtchen geleitet er sie in das kleine Privatzimmer. Hier bietet er ihr einen Stuhl an und wartet geduldig, bis ihre ersichtliche Verlegenheit sich gelegt hat.

„Bitte, wollen Sie mir — Lord Crackbrain's — Wohnung nennen?" beginnt sie endlich stockend.

Verwundert blickt der Beamte die junge Dame an.

„Die Wohnung Ihres Herrn Gemahls?" wiederholt er zweifelnd, als habe er nicht recht gehört.

„Ja."

Der Beamte schüttelt den Kopf.

„Clarkstraße Nr. 210."

„Ist das weit von hier?"

„Nein. Etwa fünf Minuten."

„Ich danke Ihnen, mein Herr."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.